

Danziger Zeitung

Westpreussisches Volksblatt Danziger Volksblatt

Bezugspreis: Durch Austräger oder Zweigstellen monatl. 2,50 D.M., durch die Post im Inland und Deutschland 3,00 D.M., nach Polen unter Kreuzband 3,25 D.M., Einzelpreis 0,15 D.M., bzw. 0,25 D.M. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beschränkter Auflage, veräußert oder nicht erscheint. Inverl. Manusk. werden nicht zurückgegeben. Fernsprecher: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 96 und 247 97, Geschäftsstellentelefon: 248 97.

**Anzeiger für den Freistaat Danzig
Pommerellen und die östlichen Gebiete**

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Seemannslänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinberzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

Anzeigenpreise und -bedingungen: Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 Pf., im Beilagenenteil (88 mm breit) 50 Pf. Auslandspreise, Belgien und Niederlande nach Tarif. Auf anstehende Anzeigen kein Rabatt. Plak. u. Terminverträgen sowie teils. Belegungen und Abrechnungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unentdeckter Manuskript- oder tel. Aufgäbe keine Gewähr. Bei veränderter Zahlung, Kontur, Vergleich und gerichtet. Beilagen werden nicht rabatt. Gerichtsstand Danzig. Telegr.-Adresse: Landeszeitung Danzig.

Die Nationalsozialisten in Oesterreich verboten

SA und SS aufgelöst — Jede Betätigung im Sinne der NSDAP untersagt — Der NSDAP wird Beteiligung an den Sprengstoffattentaten zum Vorwurf gemacht.

Wien, 19. Juni (WB.). Nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenstelle sind auf Veranlassung des Ministersrates SA- und SS-Abteilungen und der Vaterländische Schutzband aufgelöst worden. Der Ministerrat beschloß ferner, der österreichischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei jede Betätigung in Oesterreich und insbesondere auch die Bildung irgendwelcher Parteioorganisationen zu verbieten.

Die amtliche Nachrichtenstelle meldet: Der Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat sofort nach Erhalt der Nachricht von dem Anschlag auf eine Waffenzugangspolizei in Krems (vergl. unten, D. Schriftstg.) den Ministerrat zusammen, der bis in die späten Abendstunden tagte.

Der Sicherheitsminister berichtete, daß die polizeiliche Untersuchung und teilweise Gefährdungen der Verhafteten bezüglich der letzten Sprengstoffattentate in Wien einwandfrei erwiesen haben, daß die Teilnehmer an diesen Attentaten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und deren Schutzorgane (SS- und SA-Abteilungen) angehören.

Auf Grund dieser Tatsache beschloß der Ministerrat, die SA- und SS-Abteilungen sowie den Vaterländischen Schutzband aufzulösen und der österreichischen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) jede Betätigung in Oesterreich und insbesondere auch die Bildung irgendwelcher Parteioorganisationen zu verbieten.

Damit sind auch alle Abzeichen der Partei verboten. Bezüglich der Vorfälle in Krems sind alle Maßnahmen getroffen worden, um Weiterungen reiflos zu verhindern. Die strengste Untersuchung ist eingeleitet.

Die unmittelbare Wirkung des Verbots der politischen Betätigung der Nationalsozialistischen Partei erstreckt sich, wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, auch auf die Unterlassung jeder parteipolitischen Tätigkeit im nationalsozialistischen Sinne, auf die Auflösung der Parteioorganisationen, auf Unterbindung jeglichen Verkehrs in den Vereinslokalitäten, auf Unterlassung der Verwendung von Papiern und Stempeln mit Parteiaufdrucken und auf das Tragen von Parteiaufzeichen. Die Parteipresse muß, wenn ihr weiteres Erscheinen überhaupt in Frage kommt, sich vollkommen umstellen und weder hinsichtlich der nach dem Pressegesetz vorgeschriebenen Angaben über Eigentümer, Herausgeber und Druckort, noch auch im Inhalt der Aufsätze die Beziehung zur Partei erkennen lassen.

Eine weitere Frage, die aber im heutigen Ministerrat noch nicht entschieden worden ist, betrifft

die Mandate der nationalsozialistischen Abgeordneten

in den Landtagen und im Bundesrat. Nach Auffassung maßgebender Stellen können diese Mandate

date, da sie eine parteipolitische Tätigkeit im verbotenen Sinne ermöglichen, annulliert werden. Die verfassungsmäßige Frage soll noch geklärt werden. Die Vertreter des Landbundes in der Regierung haben sich bisher stets gegen eine Maßregelung der Nationalsozialistischen Partei ausgesprochen und die Meinung vertreten, daß man nicht die Partei als solche verantwortlich machen dürfe. In welcher Form die Landbundesminister trotzdem das Zustandekommen des heutigen Ministerratsbeschlusses ermöglicht haben, ist noch nicht bekannt. Nach einer Version sollen sie für den Beschluß gestimmt haben, nach der anderen Version hätten sie sich der Stimme enthalten.

Sämtliche Garnisonen Oesterreichs sowie die Polizei sind seit heute abend in Alarmbereitschaft.

Der Eindruck des Verbots der österreichischen NSDAP in Berlin

Das offiziöse deutsche Conto-Büro meldet:

In Berliner politischen Kreisen hat das Verbot der NSDAP in Oesterreich keine besondere Überraschung ausgelöst. Die Vorgänge der letzten Wochen haben bewiesen, daß die Regierung Dollfuß seit langem auf dieses Ziel hinarbeitete. Ohne Beweis dafür zu erhalten, sind von österreichischer amtlicher Seite die Anschläge, die sich u. a. in Innsbruck, in Wien und heute in Krems ereigneten, den Nationalsozialisten zur Last gelegt worden, um auf diese Weise Maßnahmen gegen die

Partei ergreifen zu können. Die österreichischen Nationalsozialisten haben ihrerseits demgegenüber wiederholt mit aller Entschiedenheit erklärt, daß sie mit den Attentaten nichts zu tun hätten und jede Illegalität aufs schärfste mißbilligten. Wenn sich die österreichische Regierung trotzdem dazu entschlossen hat, der NSDAP jede Betätigung in Oesterreich zu untersagen und die nationalsozialistischen Organisationen aufzulösen, so muß ihr die Verantwortung für dieses Verbot überlassen bleiben, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Der Vorrat der nationalsozialistischen Bewegung in Oesterreich wird allerdings auf diesem Wege nicht aufzuhalten sein.

Die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“ verboten.

Wien, 20. Juni (WB.). Die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“, das Hauptblatt der NSDAP, ist verboten worden. Der in Gang befindliche Druck der Morgennummer wurde von Kriminalbeamten angehalten. Dem verantwortlichen Schriftleiter wurde aufgetragen, sich zur Verfügung der Polizei zu halten.

Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Oesterreich von Oesterreich abgefragt.

Berlin, 20. Juni (WB.). Der Fußball-Länderspiel Deutschland gegen Oesterreich, der am 25. Juni in Frankfurt (Main) stattfinden sollte, ist vom österreichischen Fußballverband abgefragt worden. Begründet wird die Maßnahme mit der gespannten politischen Lage.

Handgranatenanschlag auf österreichische Hilfspolizei

30 Mann verletzt, von ihnen 3 schwer — 16 kamen ins Krankenhaus.

WB. Wien, 19. Juni. Wie aus Krems an der Donau gemeldet wird, wurden heute nachmittag gegen eine Abteilung Hilfspolizei, die von einer Übung zurückkehrte, drei Handgranaten geworfen, von denen zwei explodierten, während eine unwirksam gemacht werden konnte. Von den Hilfspolizisten fielen 12 Mann schwer und acht leicht verletzt worden. Die Täter entkamen unerkannt in den nahen Wald. Es sollen sofort außerordentliche Polizeimaßnahmen getroffen und aus Wien Militär- und Polizeiverstärkungen nach Krems beordert worden sein.

Zu den Vorfällen in Krems meldet die amtliche Nachrichtenstelle:

Heute nachmittag um 5 Uhr marschierten von Gesslee unweit von Krems, wo eine Schießübung abgehalten worden war, eine Abteilung der Hilfspolizei in Stärke von 56 Mann und hinter ihr eine Kompanie des Inf.-Reg. Nr. 6 nach Krems zurück. Während des Marsches wurden von zwei bisher unbekannten Tätern gegen die Hilfspolizeiabteilung drei Handgranaten geschleudert. Zwei Handgranaten explodierten innerhalb der Abteilung, die dritte wurde von einem

Hilfspolizisten aufgefangen und geistesgegenwärtig auf das freie Feld hinausgeworfen, wo sie, ohne Schaden anzurichten, explodierte. Von der Abteilung wurden 30 Mann verletzt. Von ihnen mußten 16 ins Spital gebracht werden, drei davon sind schwer verletzt. Außer den Hilfspolizisten wurde auch ein Zivilist, ein pensionierter Portier der Tabakfabrik in Krems, Wöhrle, der Blumen pflückte, verletzt. Den Tätern, von denen Personenbeschreibungen vorliegen, gelang es zu flüchten. Ihre Verfolgung durch Gendarmen und Militär wurde aufgenommen. Der Bezirkshauptmann von Krems hat für die Gemeinden Krems, Stein und Mautern zum Schutze von Sicherheit und Eigentum mit sofortiger Wirksamkeit entsprechende Maßnahmen angeordnet. Die Hausflure mußten um 8 Uhr, die Schanzen um 9 Uhr geschlossen sein. Ansammlungen und Gruppenbildungen in den Straßen sind verboten. Zur Verstärkung des Sicherheitsdienstes wurden von Wien die Gendarmen-Schulabteilung und eine Gruppe der Kriminalbeamtenabteilung entsandt, und außerdem wurde die Garnison Krems entsprechend verstärkt. In der Stadt wurde die Ruhe nicht gestört. Die Bevölkerung ist über das Bombenattentat nicht in Kenntnis.

Staatspräsident a. D. Volz in Schuchardt

Stuttgart, 19. Juni (WB.). Der ehemalige württembergische Staatspräsident Dr. Volz wurde wegen der bekannten (?) Vorgänge anlässlich des Katholikentages in Salzburg in Schuchardt genommen. Er ist auf die Feste Asperg bei Ludwigsburg gebracht worden, wohin sich der Leiter der politischen Polizei, Mattheis, sofort begeben hat, um die Unterkunft von Dr. Volz vorzubereiten.

Der „NS-Kurier“ erzählt dazu: Ursprünglich sei geplant gewesen, Dr. Volz nach Hause zu bringen, aber angesichts der Haltung der Menge habe Dr. Volz selbst den Wunsch geäußert, sofort nach Ludwigsburg übergeführt zu werden.

Wir haben vor einigen Tagen Auslassungen führender nationalsozialistischer Zeitungen abgedruckt, in denen Verhaftung von Zentrumsführern in Deutschland als Gegenmaßnahmen gegen das Vorgehen der österreichischen Regierung gegen die Nationalsozialisten in Oesterreich gefordert wurde. Es wurde dort die unwahre Behauptung aufgestellt, das deutsche Zentrum stände die Christlichsozialen Oesterreichs auf gegen Deutschland, insbesondere seien die Zentrumspersonlichkeiten Dr. Wirth und Dr. Volz beteiligt, letzterer hätte angeblich auf dem Salzburger Katholikentag eine deutschfeindliche Rede gehalten. Was von dieser, auch in obiger Notiz angezogenen Rede zu halten ist, ist an anderer Stelle unserer heutigen Blätter zu lesen. Aber die Aufforderung hat gewirkt, Volz ist verhaftet.

Polizeiliche Maßnahmen gegen die „Schwarze Front“

Das halbamtliche WB. berichtet: Ende der vergangenen Woche sind in allen Teilen des Reiches polizeiliche Maßnahmen gegen die sogenannte Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten, die „Schwarze Front“, durchgeführt worden. Wie erinnert, wird die „Schwarze Front“ von Dr. Otto Straßer geführt, der mit einem Kreise seiner Vertrauten Deutschland bereits wenige Tage nach dem Siege der nationalen Erhebung verlassen hat. Er hat es wie die Führer der marxistischen Parteien vorgezogen, vom sicheren Post des Auslandes aus seine verlogenen und staatsgefährlichen Angriffe gegen die Regierung der nationalen Revolution zu betreiben. Bei der Aktion sind mehrere der noch in Deutschland befindlichen Führer der „Schwarzen Front“ in Schuchardt genommen worden. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches Material gefunden, das die staatsfeindliche und gefährliche Einstellung der „Schwarzen Front“ eindeutig beweist. Die „Schwarze Front“ hat ihre Anhänger aufgefordert, sich Eintritt in die nationalsozialistischen Kampfbünde zu verschaffen, um dann dort zersetzend und lösend wirken zu können. Das beschlagnahmte Material beweist, daß auch sehr weitgehende politische Zusammenhänge mit der KPD bestehen. Die „Schwarze Front“ hat, da ihre Berliner Geschäftsräume seit längerer Zeit geschlossen sind, von Wien aus mit Propagandamaterial gearbeitet.

Danzigs bisherige Regierung tritt ab

Erstrebtes und Erreichtes in 2 1/2 Jahren

Mit dem heutigen Tage, an dem die neuen Senatoren gewählt und vereidigt werden, tritt der gegenwärtige Senat, der Freitag, den 9. Januar 1931, gewählt wurde, ab. Es dürfte daher wohl am Platze sein, am heutigen Tage ein Paar Worte über die Arbeit und die Erfolge des nun scheidenden Senats zu sagen.

Schwierig waren die Verhandlungen, die zur Bildung des nun scheidenden Senats vor nun 2 1/2 Jahren führten, der Senat stützte sich auf eine Minderheit, bestehend aus deutschnationalen, Zentrum und Block der nationalen Sammlung und erfuhr dann etwa anderthalb Jahre hindurch die parlamentarische Unterstützung durch die Nationalsozialisten, die dann im letzten Jahre gegen diese Minderheitsregierung den schärfsten Kampf führten.

„Die Aufgaben der neuen Regierung“, so schrieben wir damals, „sind nicht leicht, im Gegenteil, sie sind von äußerster Schwere. Es gilt vorerst, unsere Finanzen in Einnahmen und Ausgaben auf einen ausgeglichenen Stand zu bringen — wir stehen vor der Tatsache, daß ein Ausgleich in Höhe von 12—15 Millionen im Staatshaushalt geschaffen werden muß — und das ist nicht nur für den Augenblick, sondern auf die Dauer. Manche durchgreifende und auch vielleicht für diesen und jenen im Augenblick unangenehme Maßnahme wird getroffen werden müssen. Aber es geht nicht um den Augenblick, es geht um die Gesundung nicht nur, sondern um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit unseres Staates. Und da möchten wir der Regierung zurufen: Werde hart, handle entschlossen, um unseren Staat und unsere Wirtschaft, und damit unser Volk sowohl wirtschaftlich als auch moralisch zu retten, zu kräftigen und zu gesunden. Wo Fehler und Mißstände sind, da müssen sie beseitigt werden. Die hier zu ergreifenden Maßnahmen aber greifen tief in unsere Außenpolitik, denn in ihr liegt die letzte Entscheidung darüber, ob es uns gelingt, unseren Staat, unsere Wirtschaft, unsere Finanzen zu gesunden oder nicht. Gerade auf diesem außenpolitischen Gebiet wird u. U. die Hauptarbeit liegen, das außenpolitische Gebiet wird das eigentliche Kampfgebiet sein. Und nach dieser Richtung möchten wir sagen, daß u. U. die Regierung eine entschlossene Kampfgierung sein muß. Nicht in dem Sinne, daß sie keine Verständigung mit Polen suchen, daß sie Polen brüsk und feindselig entgegenzutreten soll. Nein! Wir wollen eine ehrliche Verständigung, die Danzig volle Freiheit und Lebensfähigkeit und Lebensmöglichkeit gibt, eine Verständigung, bei der Danzig nicht seine Haut zum Markte trägt und die nicht auf die besonderen Kosten Danzigs geht, das nichts aufzugeben hat. Und nicht weil Danzig es wünscht, sondern deshalb, weil es durch Polen zu diesem Kampfe geradezu gezwungen wird. Unter der Führung der Verständigung stand die vorige von den Sozialdemokraten geführte Regierung. Das Ziel ist nicht erreicht worden, keinen Schritt sind wir vorwärts gekommen, im Gegenteil, die Schwierigkeiten haben sich gehäuft, die Gegenkräfte haben sich vermehrt, eine große Zahl von Streitfällen hat sich angehäuft, deren Klärung und Lösung notwendig ist für Danzigs Lebensmöglichkeit. ... Es handelt sich um die Frage der stets wachsenden Konkurrenz des Hafens von Gdingen, um Eisenbahnmahnahmen und Eisenbahndirektion, um schulpolitische Maßnahmen, um die immer weiter um sich greifende polnische Post in Danzig, um Fragen der polnischen Zollmaßnahmen und der polnischen Ausfuhrprämien, um den Danziger Anteil am Zollaufkommen, um die Sperrung des Zugangs von Arbeitnehmern polnischer Staatsangehörigkeit nach Danzig, um die Neugestaltung des Danziger polnischen Vertrages (Warschauer Abkommen) usw. In der Lösung dieser Fragen liegt das Schicksal Danzigs begründet, und auf diese Aufgaben wird u. U. die neue Danziger Regierung ihr Hauptaugenmerk richten müssen.“

So schrieben wir damals vor 2 1/2 Jahren und zeichneten die Lage. Was wir der damaligen Regierung sagten, möchten wir heute mit genau denselben Worten hernach der heute zu wählenden Regierung mit auf den Weg geben. Denn die Probleme sind heute genau die gleichen wie damals, die gleichen Fragen beschäftigen und bedrängen uns heute wie einst, und sie werden im Vordergrund stehen, so lange es eine „Freie Stadt Danzig“ und eine Danziger Frage gibt. Eine vollständige Lösung all dieser Fragen wird es angesichts der obwaltenden Umstände hier nun einmal nicht geben, wir werden hier immer um Teillösungen kämpfen und in der Verteidigungsstellung stehen müssen, und wir werden die Regierung in erster Linie danach beurteilen, wie, in welcher Weise und mit welchen Mitteln sie diesen Kampf führt, ob sie alle Kraft einsetzt, Danzigs Rechte zu wahren. Gibt es Fehlschläge infolge der Macht des Stärkeren, so darf man die Regierung nicht dafür verantwortlich machen, falls sie diese Fehlschläge nicht selbst verschuldet oder dem Gegner Handhaben geliefert hat.

Neues in Kürze

An den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, ist man mit der Frage herangetreten, ob nicht das Büro der Abrüstungskonferenz einberufen werden könne. Präsident Henderson erklärte, daß ein solcher Schritt im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als geeignet zu betrachten sei.

An den Wiener Hochschulen, die mehrere Tage geschlossen waren, haben gestern die Vorlesungen wieder begonnen. Es wurde strenger Legitimationszwang gelöst.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat ihre praktische Arbeit gestern vormittag mit einer Sitzung des Ausschusses für monetäre Fragen unter dem Vorsitz des amerikanischen Delegierten Cox und einer Sitzung des Ausschusses für Weltwirtschaftsfragen unter Vorsitz des holländischen Premierministers Colijn begonnen.

Zu dem Völkerverkehrsinstitut Notre Dame in Galatz (Rumänien), in dem Kriegeswaisen erzogen werden, erkrankten 28 Mädchen an Fleischvergiftung. Eine 13jährige Jungsassin ist bereits der schweren Vergiftung erlegen. Mehrere andere schwächen in Lebensgefahr.

Der Leiter der rumänischen Luftstreitkräfte, General Sieghitiu, ist gestern nachmittag in Begleitung von 10 Offizieren in Warschau in Jungsungen eingetroffen. Der Unterstaatssekretär im rumänischen Luftfahrtamt ist bereits seit mehreren Tagen in Warschau.

Zu den Verhandlungen über eine Stabilisierung der Währungen auf der Londoner Konferenz wird von mehreren Stellen der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß man noch vor Ende der Woche zu einem Ergebnis kommen werde.

Auf Veranlassung des Landrats wurde Schulrat Krauslebat von Wehlan in Schuchardt genommen. Krauslebat hat scharfe Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung gelöst.

Außenpolitik. Schauen wir unter diesem Gesichtswinkel auf die Arbeit der heute scheidenden Regierung, so wird jeder objektiv Denkende ihr das Zeugnis ausstellen müssen, daß sie getan hat, was sie tun konnte, daß sie erreicht hat, was irgendwie zu erreichen war, daß sie kein Mittel unverzogen gelassen hat, daß sie vor allem keines der Rechte, keine der Freiheiten, die Danzig geblieben sind, preisgegeben hat, im Gegenteil, daß sie sich für ihre Erhaltung und Verteidigung mit einer Energie und Zähigkeit eingesetzt hat, die vorbildlich genannt werden muß. Die abgelaufenen 2½ Jahre waren ein ununterbrochener außenpolitischer Kampf, und dieser Kampf ist besonders von dem nun scheidenden Präsidenten des Senats Dr. Ziehm mit einer Sachkenntnis, Klugheit, Geschicklichkeit und Zähigkeit geführt worden, die die höchste Anerkennung und Dankbarkeit verdient. Dieser Akt des Kampfes, gestützt auf strenges Recht, und dem Ansehen und der Achtung, die Präsident Dr. Ziehm auch in den maßgebenden politischen Kreisen des Auslandes geniesst, ist es zu danken, daß im Laufe dieser 2½ Jahre manche schönen Erfolge zu verzeichnen waren und überaus schwere Gefahren abgewehrt werden konnten. Gewiß ist bei weitem nicht alles erreicht oder erledigt, zahlreiche Fragen stehen noch offen oder haben eine unbefriedigende Teillösung gefunden, wir sind in gar manchem enttäuscht worden. Wir können heute nur sagen: Der Kampf geht weiter, muß weiter geführt werden.

Finanzpolitik. Finanzpolitik galt es damals, den vorhin genannten Ausgleich im Staatshaushalt herbeizuführen und Danzigs Finanzen auf eine gesunde Basis zu stellen. Das ist geschehen. Die damals neu angetretene Regierung legte dem Volkstage folgende viel angefeindete und bekämpfte Ermächtigungsgesetze vor, das ihr überaus weitgehende Vollmachten gab und auf Grund dessen im wesentlichen in der verflochtenen Zeit regiert worden ist. „Die Regierung hat den festen Willen“, so erklärte Präsident Dr. Ziehm in seiner großen Rede vor dem Volkstage am 14. Januar 1931, „ohne jede Rücksicht den von ihr beschrittenen Weg zur Gesundung der Finanzen bis zu Ende zu gehen, weil es einen anderen Weg nicht gibt. Die Regierung ist fest entschlossen, alle sich dagegen erhebenden Widerstände zu überwinden. ... Wenn wir nicht selbst in unserem Staatshaushalt Ordnung schaffen, so besteht die Gefahr, daß es ein anderer tut. Dann werden aber sicherlich die Eingriffe schwerer und empfindlicher und dann ist die Selbstständigkeit unseres Staatswesens, die wir zu wahren die Pflicht haben, gefährdet.“ Was hier angekündigt worden ist, hat der Senat mit energischer Hand getan und erreicht. Danzigs Finanzen kamen in Ordnung und sind in Ordnung trotz der immer schlechter werdenden Wirtschaftslage. Gehälter und Löhne, Renten, Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen konnten stets pünktlich gezahlt, sonstige Verpflichtungen erfüllt, selbst die schwere Bankenkrise reibungslos überwunden werden. Freilich: Der Senat mußte Opfer fordern. Opfer von allen Kreisen unserer Bevölkerung. Aber er hat das große Werk erreicht, und gerade heute, wo man soviel von Gemeinnützigkeit, von Opfergeist, von Volksgemeinschaft, von Zurückstellen der Interessen des Einzelnen vor denen der Allgemeinheit spricht, sollte man anerkennen, daß hier ein großes Werk getan worden ist, wenn auch der Einzelne gewisse Opfer hat bringen müssen, wenn es auch ohne manche Härten nicht abgegangen ist.

Handel, Wirtschaft und Banwesen. Ungeheuer schwierig war die Führung von Danzigs Handels- und Wirtschaftspolitik, die ja zugleich ein Stück von Danzigs Außenpolitik ist. Wir kennen alle die unglaublichen Hindernisse und Beschränkungen, die gerade auf diesem Gebiete Polen der Danziger Wirtschaft gemacht hat. Kein Anknüpfen war groß genug, um ihn von Polen der Danziger Wirtschaft in den Weg zu werfen. Mit Zähigkeit und Ausdauer ist hier ein nervenzerreißender, aufreibender Kleinkrieg geführt worden. Kaum hatte auf einem Teilgebiet Danzig sein Recht erstritten, schon wurde der Erfolg durch eine andere polnische Maßnahme illusorisch gemacht oder es kamen zwei, drei und mehr neue Hindernisse. Mit Dank und voller Anerkennung muß hier das nun abtretende Handels- und Wirtschaftsamt des Senats Dr. Althoff besonders gedacht werden, der mit außerordentlicher Eingabe und Umsicht sich all dieser Fragen angenommen und sie vorwärtsgetrieben, der auch manch adäquaten Erfolg zu buchen hat. Danzigs Handel und Wirtschaft haben in ihm einen überaus warmen Freund, eifrigen Förderer und unermüdlichen Vorkämpfer gefunden, was von gar manchem deshalb nicht gesehen und anerkannt worden ist, weil er die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht sah, weil er vor allem merkte, daß nicht alle seine Wünsche und Forderungen, die leider meist sehr stark auf einseitiger Interessenpolitik aufgebaut waren, Erfüllung fanden.

In diesem Zusammenhang sei auch Dr. Althoffs nie rastender erfolgreicher Tätigkeit auf dem Gebiete

des Banwesens gedacht, auf dem er ja auch gar manche Anfeindungen hat erfahren müssen, weil er nicht den einseitigen Interessen gerecht werden konnte, sondern einen Ausgleich herbeiführen mußte zwischen den berechtigten Interessen von Hausbesitz und Mietern, und weil er nur hane konnte mit den sehr bescheidenen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen. Wer aber objektiv die Dinge beurteilt, muß anerkennen, daß wir auch auf diesem Gebiete dank der nie rastenden Tätigkeit und der weiten Aufgeschlossenheit Dr. Althoffs für alle diese Fragen ein sehr erhebliches Stück vorwärts gekommen sind, so daß Danzig den anderen deutschen Städten auf diesem Gebiete zumindest nicht nachsteht.

Innenpolitik. Auf dem Gebiete der Innenpolitik im engeren Sinne hat es in diesen verflochtenen Jahren gar manche Schwierigkeiten zu überwinden gegeben, gar manche Gefahren mußte begegnet werden. Die Gemüter waren häufig überaus aufgeregt, die Geister plakten heftig aufeinander, die Parteigegensätze waren oft kaum mehr erträglich, Zusammenstöße gab es in Menge, und es gab Elemente genug, denen Unruhen vielleicht nicht unangelegen gekommen wären. Jeder Danziger aber ist sich bewußt, welche außerordentlich große außenpolitische Gefahren damit für Danzig verbunden waren. Die Aufgaben des Innenministers waren da nicht immer leicht, er hatte Anfeindungen von allen Seiten zu gewärtigen und hat sie auch in recht weitem Maße erfahren müssen, besonders auch von seinen Freunden, als deren Vertrauensmann ja damals Senator Hinz das Amt des Innenministers mit übernahm. In dieser gefährlichen Zeit war u. E. Senator Hinz der rechte Mann am rechten Platz. Rauh aber herzlich, möchte man ihn charakterisieren, der auch vor einem derben Wort und einer scharfen Maßnahme nicht zurückschreckte. Energisch griff er durch, wo es notwendig war, und stets war er bescheiden, objektiv und unpartei-

sch nach allen Seiten zu handeln, er schonte auch seine eintigen Freunde nicht, so daß er auch bei ihnen halb in Ungnade fiel. Danzig schuldet ihm u. E. viel, denn gemeinsam hat er mit dem Polizeipräsidenten Frohmann mit energischer Hand in Danzig für Ruhe und Ordnung gesorgt und so alle in dieser Richtung von außen drohenden Gefahren von uns abgemehrt. Dafür gebührt ihm bei seinem Scheiden unser Dank.

Der Allgemeinheit dienbar. Schauen wir auf die verflochtene Regierungsperiode zurück, so erkennen wir, daß wohl gar mancher Wunsch und manche Hoffnung unerfüllt geblieben sind, daß es an Kämpfen und auch an Rückschlägen nicht gemangelt hat, aber wir können doch feststellen, daß wir unseren Stand zumindest gewahrt haben, daß an keiner Stelle ein irgendwie nennenswerter Einbruch erfolgt ist, daß wir auf gar manchen Gebieten nicht unerheblich vorwärts gekommen sind.

Die neue Regierung findet festen Boden unter den Füßen, sie findet nach jeder Richtung hin geordnete Verhältnisse vor. Sie wird hier mit den gleichen Zielen wie die nun scheidende Regierung kämpfen und vorwärtsstreben müssen. Die Methoden werden vielleicht in vielen Fällen etwas andere sein, doch das Ziel ist und bleibt dasselbe. Und solange dieses Ziel dasselbe bleibt, nämlich Selbstständigkeit, Freiheit und Aufstieg von Volk, Staat und Wirtschaft, wird auch die neue Regierung in uns eine Mitkämpferin und Helferin finden, denn gerade unser Grundsatz ist ja das nachhaltigste Bekenntnis zur Gemeinschaft und zum Allgemeinwohl allezeit gewesen, er wird es allezeit bleiben, denn niemals ist die Zentrumspartei Interessenspartei gewesen, sondern fest fundierte Weltanschauungspartei, die das Volksganze und die Interessen der Gemeinschaft stets in jeder nur erdenklichen Weise erstrebt hat.

Dr. Raushning über die Danziger Regierungsbildung

Eine Unterredung mit Dr. Raushning.

Der nationalsozialistische Führer Dr. Raushning, der heute zum Danziger Senatspräsidenten gewählt worden wird, gewährte dem Danziger Vertreter des NSDAP eine Unterredung, in der er nähere Mitteilungen über die Danziger Regierungsbildung und das Scheitern der Verhandlungen mit den Deutschnationalen machte.

Dr. Raushning betonte nachdrücklich, daß er auf richtig bestrebt gewesen sei, auch mit den Deutschnationalen zu einer Einigung zu kommen. Er habe durch die Vermittlung von Persönlichkeiten besonderer Autorität an Dr. Ziehm den Wunsch der NSDAP herangebracht, unter Zurückstellung jeglicher Parteipolitik zu einer Einbeziehung der Deutschnationalen in den neuen nationalsozialistischen Senat zu gelangen. „Es mußte aber“, so erklärte Dr. Raushning, „von den politischen Verhältnissen der deutschnationalen Parteiführer erwartet werden, daß sie sich verweigerten, in welcher Kampfsituation sich die NSDAP nach vor wenigen Wochen den Danziger Deutschnationalen gegenüber befand.“ Während die Auseinandersetzungen mit dem Zentrum die Grenzen eines üblichen Wahlkampfes nicht überschritten hätten, sei von deutschnationaler Seite im Wahlkampf nicht nur mit schweren persönlichen Angriffen und Verunglimpfungen gegen die NSDAP gearbeitet worden, sondern es sei darauf hinzuwirken, daß dabei mit besonderer Absichtlichkeit die schweren außen-

politischen Gefahren in den Vordergrund gerückt worden seien, die angeblich durch die Regierungsübernahme seitens der NSDAP heraufbeschworen würden. Es müsse ferner daran erinnert werden, daß in der deutschnationalen Kampfringorganisation in Danzig nachweislich in weitestem Umfang Anhänger der NSDAP und der SPD gegen die nationalsozialistische Bewegung kämpften. Von Kampfringautoren seien die schmutzigen Parolen gegen die Führung des neuen Deutschland ausgerufen worden.

Dr. Raushning hob weiter hervor, daß es nach alledem ein Höchstmaß von Entgegenkommen darstelle, wenn die NSDAP, die ja für sich allein über die absolute Mehrheit verfüge, trotzdem den Versuch gemacht habe, mit dem Senatspräsidenten Dr. Ziehm, der für die deutschnationale Politik die Verantwortung trage, zu verhandeln. Mit dem deutschnationalen Landesführer Rechtsanwalt Weise, der entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der NSDAP von den Deutschnationalen als Verhandlungsführer bestimmt worden sei, wäre ein Vertrauensverhältnis nicht zu erzielen gewesen, da Weise die persönliche Verantwortung für alle Einzelheiten der deutschnationalen Wahlkampfmethoden trage. „Die von der NSDAP vorgebrachten Wünsche“, so schloß Dr. Raushning, „müssen daher als sachlich unbedingt begründet bezeichnet werden.“

Neue Parteileitung der SPD.

Berlin, 19. Juni (VöZ). In einer gemeinsamen Sitzung der erweiterten Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei stellten die Partei-Vorstandsmitglieder am Montag ihre Pläne zur Verfügung. Die Konferenz beschloß, wie das VöZ-Büro meldet, die Führung der Parteigeschäfte den Mitgliedern Westphal, Stiefen, Rinner und Künzler zu übertragen unter Hinzuziehung der Vorstehenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen Löss und Szillat. Die Beschlüsse der Fraktionen im Reichstag und im Landtag über das Verbleiben des Sitzes der Parteileitung in Deutschland ist durch die Annahme folgender Erklärung erneut bekräftigt: „Der neugewählte Parteivorstand in Berlin hat allein die verantwortliche Führung. Deutsche Parteigenossen, die ins Ausland gegangen sind, können keinerlei Erklärung für die Partei abgeben. Für alle ihre Äußerungen lehnt die Partei jede Verantwortung ab.“

Über den Verlauf des Sozialdemokratischen Parteitag, der am Montag im Gebäude des Preussischen Landtages in Form einer gemeinsamen Sitzung der Parteileitung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstages und des Landtages stattfand, erzählt

das VöZ-Büro noch ergänzend, daß auf dieser Versammlung die Frage des Ausschlusses der ins Ausland geflüchteten früheren Vorstandsmitglieder aus der Partei nicht erörtert worden ist. Es bleibe abzuwarten, ob der neugewählte provisorische Parteivorstand von sich aus eine solche Maßnahme ergreifen wird. Der neue Vorstand besteht aus sechs Mitgliedern mit gleichen Rechten. In der Sozialdemokratischen Partei herrscht kein Führerprinzip, ja es ist nicht einmal ein Vorsitzender dieses neuen Gremiums bestimmt worden. Aufgabe dieses verkleinerten Parteivorstandes dürfte es zunächst sein, zu versuchen, mit der Regierung Verhandlungen darüber anzubahnen, ob die in Schughast befindlichen sozialdemokratischen Führer freigelassen und das beschlagnahmte Parteivermögen freigegeben werden könne.

Wieder Nachrichten über ein Zusammentreffen Daladier - Mussolini

Paris, 19. Juni. Nach einer Agenturmeldung aus Rom soll eine grundsätzliche Einigung über eine Begegnung Daladier - Mussolini in Rom erzielt worden sein. Der Zeitpunkt werde in Paris und in Rom bekanntgegeben werden, sobald die gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen gewisse Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt hätten. Die Zusammenkunft ist, wie erinnerlich, schon mehrfach angekündigt, aber stets dementiert worden.

Amerikanische Vorschläge zur Währungsreform

London. Zu den einen Austausch des Finanzausschusses der Weltwirtschaftskonferenz, der sich mit Kredit-, Preis- und Währungsfragen befaßt, wurde eine amerikanische Erklärung eingebracht.

Sie regt an, daß Gold und Goldbarren aus dem Umlauf gezogen werden sollen und eine einheitliche legale Golddeckung unter dem gegenwärtigen Niveau eingeführt werden soll.

Die Zentralbanken sollten aufgefordert werden, sofort zusammenzutreten, um diesen Vorschlag anzunehmen. Ferner sollte versucht werden, zwischen den hauptsächlich Silber erzeugenden Ländern eine Übereinkunft zu erzielen, um die Wertminderung der Silbermünzen zu verhindern und Silber zu rezentrieren. Den Zentralbanken soll empfohlen werden, von der gesamten Metalldeckung 80 Prozent in Gold und die restlichen 20 Prozent nach freiem Ermessen entweder in Gold oder in Silber zu halten.

Die Delegierten verschiedener europäischer Länder wollten die amerikanische Entschließung zurückgestellt wissen, bis die Arbeiten der Unterkommision entsprechend fortgeschritten sind. Die allgemeine Erörterung über die amerikanische Entschließung hat Dienstag vormittag begonnen.

Das Totalitätsprinzip der NSDAP.

Nichtlinien der Berliner Führertagung.

Stuttgart, 19. Juni. Auf einer Mitgliederversammlung des Vereins mittelhöflicher Verwaltungsberechtigten gab Staatsrat Waldmann folgende politische Richtlinien bekannt, die der Reichsfinanzminister auf der Berliner Führertagung der NSDAP. verkündet hat:

1. Das absolute Totalitätsprinzip im Dritten Reich bedinge nicht nur die Auflösung der marxistischen Parteien, sondern die Auflösung aller übrigen Parteien.

2. Der Nationalsozialismus wolle dem heutigen Menschen die Gedanken an eine internationale jeder Prägung austreiben. Dies gelte für den Marxismus ebenso wie für die anderen geistigen Bindungen, beispielsweise Bindungen des Kapitalismus, des Judentums, des Logentums.

3. Ziel sei die deutsche Volksgemeinschaft. Es brauche nicht jeder Deutsche, nicht jeder Beamte Nationalsozialist zu sein, aber jeder Deutsche müsse sich als Volksgenosse innerhalb der Volksgemeinschaft fühlen. Es müsse die Luft zwischen den Ständen, Klassen und Beamten, vor allem aber zwischen den Konfessionen, überwunden werden.

4. Das liberalistische und kapitalistische Wirtschaftssystem müsse beseitigt werden. Die zügelloste Profitgier der Privatwirtschaft müsse verschwinden. Die Gleichschaltung auf allen Gebieten diene der Vorbereitung des ständigen Aufbaues.

Ab 1. Juli nur noch kommunale „Arbeitslosenhilfe“

Ausführung der Mittel durch alle Erwerbstätigen.

Essen, 18. Juni. Wie die „Nationalzeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird nach vor Ablauf des Monats Juni die seit langem dringend notwendig gewordene Reform der Erwerbslosenunterstützung durchgeführt. Es steht bereits fest, daß das bisherige Drei-Klassen-System endgültig fallen und daß die künftig einheitliche „Arbeitslosenhilfe“ ganz in die Hand der Gemeinden gelegt werde. Sie werde wahrscheinlich am 1. Juli in Kraft treten. Den Kommunen, die bisher einen sehr erheblichen Teil der Unterstützungskosten aus eigenen Steuermitteln zu tragen haben, und die infolgedessen in großer Zahl mitten im finanziellen Ruin stehen, soll wieder die Möglichkeit einer ordentlichen Haushaltsführung gegeben werden. Der Versicherungscharakter der Arbeitslosenunterstützung soll beibehalten werden. Dafür dürfe der Gebote der Hilfeleistung aller in Arbeit und Brot Stehenden für die Arbeitslosen in dem neuen Gesetzwerk umso stärkere Betonung finden.

Zusammentritt der Mandatskommission

Wien, 19. Juni. Die Mandatskommission des Völkerbundes trat heute unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters Marchese D'Adda zu ihrer alljährlichen Versammlung zusammen. Sie wird sich im weiteren Verlauf ihrer Tagung nochmals mit den bekannten englischen Vätern besetzen, Tanganika, Kenia und Uganda zu einer engeren Verwaltungsgemeinschaft zusammenzuschließen, wogegen Deutschland stets entschiedene Stellung genommen werden mußte. Die deutsche Reiterung ist wie bisher durch Ministerialdirektor Dr. Ruppel vertreten.

Drohendes Schisma in der protestantischen Kirche?

Auf Grund bestimmter Vorgänge konnte vor einigen Tagen die Auffassung entstehen, daß der Streit um den Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche binnen kürzester Frist beendet sein werde. Diese Annahme beruhte jedoch auf einer Täuschung. Der Kampf geht weiter und scheint jetzt in sein akutes Stadium getreten zu sein. Eine Protestkundgebung gegen Dr. von Dodelsheim, die von der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ am Samstag in Berlin-Karlshorst abgehalten worden ist, soll offenbar die Einleitung zu einer großen Aktion bilden. Die Versammlung, auf die alle führenden Männer der Bewegung „Deutsche Christen“ anwesend waren, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Die Massen deutscher Glaubens- und Volksgenossen, die sich auf den Spielwiesen in Karlshorst heute versammelt haben, finden sich einmütig in dem Willen, die Verengung des ganzen evangelischen Deutschlands durch einige wenige Männer in der Reichsbischofsfrage keineswegs hinzunehmen. Sie lehnen die Entschcheidung der Kirchenführer ab. ... Wir bitten den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichsminister um Maßnahmen, daß das ganze evangelische Deutschland in dieser obersten Führerfrage in Übereinstimmung mit unserem Volksganzen sich selbst entscheiden.“

Am 27. Juni werden in Groß-Berlin 10 Massenkundgebungen veranstaltet, die sich gegen die Ernennung von Dodelsheim zum evangelischen Reichsbischof richten. In evangelischen Kreisen sieht man, wie es in der „Täglichen Rundschau“ zum Ausdruck kommt, mit arger Besorgnis dem Fortgang des Kampfes entgegen. Das Blatt schreibt nämlich, wenn in diesem Geiste weiter gearbeitet werde, dann komme es in kürzester Zeit zu einem unglücklichen Kampfe, der auch in außenpolitischer Beziehung Folgen weitesten Umfangs nach sich ziehen dürfte.

Verwirrung über den amerikanischen Zollsenkungsvorschlag

London. Über die angeblichen Vorschläge der amerikanischen Delegation für eine 10prozentige Zollsenkung sind hier soviel einander widersprechende Mitteilungen und Gerüchte im Umlauf, daß sich in Konferenzkreisen eine gewisse Verwirrung über diesen Gegenstand geltend macht. Obwohl Senator Pittman Montag die Meldung über den amerikanischen Vorschlag dementierte, hat sich ergeben, daß tatsächlich ein von Staatssekretär Hull unterzeichneter Vorschlag unterbreitet worden ist. Selbst der Vorlaut dieses Vorschlages ist bekannt. In Kreisen der amerikanischen Delegation spricht man jetzt davon, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um ein „Versehen“ handle. In gutunterrichteten Konferenzkreisen verlautet jedoch, daß man sich innerhalb der amerikanischen Delegation über die 10prozentige Zollsenkung nicht habe einigen können. Daraufhin sei die dementierende Erklärung Pittmans abgegeben worden.

Bruch Deutschlands mit der Internationalen Arbeitskonferenz

Die deutsche Delegation verläßt die Genfer Arbeitskonferenz.

Wien, 19. Juni. Dem Präsident der 17. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz haben die deutsche Regierungsvertreter, der deutsche Arbeitgebervertreter und der deutsche Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung abgegeben:

Zu Beginn der Konferenz sind in einer Gruppensitzung der Arbeitnehmer überaus schwere Beleidigungen gegen Deutschland und seine Delegierten gefallen. Diese sind, wie nun mit aller Deutlichkeit gelagt werden muß, von dem Vorsitzenden der Gruppe trotz der Bitte um Zurückweisung und um Schutz der deutschen Interessen bis heute nicht zurückgewiesen worden. Anschließend daran brachten Genfer Zeitungen Verurteilungen, die der deutsche Arbeitnehmervertreter, Herr Dr. Ley, auf einer Pressebesprechung getan haben soll. Herr Dr. Ley hat alle ihm unterstellten Äußerungen entschieden in Abrede gestellt und öffentlich dementiert. Darüber hinaus ist von den maßgebenden deutschen Stellen erklärt worden, das Deutschland größten Wert lege auf freundschaftliche Beziehungen zur Bevölkerung aller Länder, insbesondere auch zu den südamerikanischen Staaten. Dessen ungeachtet wurde auf sogenannten

offiziellen Tagungen der Arbeitnehmergruppe der Konferenz, zu denen man den deutschen Delegierten den Zutritt brüst verweigerte, der abgetane Vorfall wiederholt besprochen und alsdann von dem Vorsitzenden dieser Gruppe öffentlich behandelt. Diese sogenannten offiziellen Verhandlungen sind durch Verlautbarungen in den amtlichen Druckwerken der Konferenz zustande gekommen, obwohl wir gegen den nicht korrekten Vorgang zu verschiedenen Malen leider vergeblich an zuständiger Stelle Einspruch erhoben haben. Wir erklären in den bezeichneten Vorfällen eine schwere Beleidigung der deutschen Abordnung und ihrer Gesamtheit. Angesichts dieser Sachlage sieht sich die deutsche Delegation gezwungen, die Konferenz zu verlassen. Sie bekennt lebhaft, an der sachlichen Arbeit, zu der sie sich wiederholt und eindeutig bereitgestellt hat, solange verhindert zu sein, als den deutschen Forderungen nicht Genüge getan und den berechtigten deutschen Beschwerden nicht abgeholfen worden ist.

Genf, den 19. Juni 1933.
gez. Hans Engel, Mansfeld, Vogel, Dr. Robert Ley.

Chweine. Langsam.

Polens Schrotteinfuhr restlos von Danzig nach Gdingen gelenkt

Durch Druck und mit Hilfe offizieller polnischer Stellen.

Polen hat ständig einen bedeutenden Einfuhrbedarf an Schrott, der auch trotz der Wirtschaftskrise sich nur vorübergehend vermindert hat. Der große Bedarf erklärt sich daraus, daß der eigene Schrottanfall in Polen infolge der schlechten Wirtschaftslage sehr gering ist, während dagegen der Bedarf durch die von Zeit zu Zeit einkommenden Auftragsarbeiten für die Eisenindustrie immer wieder eine Belebung erhält. So stieg im Jahre 1930 die Schrotteinfuhr sehr stark, weil damals zum ersten Mal nennenswerte russische Aufträge für die Eisenindustrie kamen, 1931 nahm sogar die Schrotteinfuhr aus den gleichen Gründen wieder zu, während 1932 die geringe Beschäftigung der Eisenindustrie auch die Schrotteinfuhr stark sinken ließ.

Die Schrotteinfuhr erfolgte früher fast nur über Danzig und spielte im Danziger Hafen eine große Rolle.

Bei der Erbauung eines neuen Hafenbeckens in Danzig hat die Erwartung einer großen Schrotteinfuhr stark mitgeprägt,

während heute diese Schrotteinfuhr über Danzig nur noch unbedeutend ist und fast gänzlich über Gdingen erfolgt.

Früher wurden auch Hamburg und Stettin für die Schrotteinfuhr von Obergieseler herangezogen, während diese Häfen jetzt für die polnische Schrotteinfuhr ganz ausgeschaltet sind.

Die Schrotteinfuhr Polens ist allmählich in den Händen der Schrotteinkaufszentrale, die die oberflächlichen Werte von sich aus errichtet haben, konzentriert.

Dadurch wurde es auch der Regierung möglich, auf die Einkaufszentrale dahin zu wirken, daß die Schrotteinfuhr von Danzig nach Gdingen verlegt wurde.

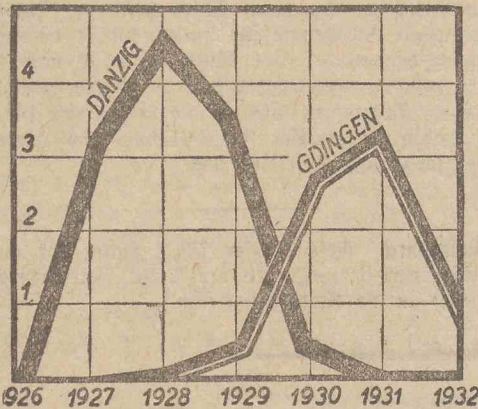
Obgleich sich der Umschlag in Gdingen infolge der zunächst mangelhaften Einrichtung teurer stellte als in Danzig, vermuthlich ist die Verlegung der Einfuhr durch die Einkaufszentrale nach Gdingen durch besondere Vergünstigungen von Seiten der Regierung herbeigeführt worden.

Die polnische Schrotteinfuhr im ganzen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Schrotteinfuhr in T.			
Jahresgesamt	1932	1931	1930
davon aus	119 164	349 629	252 696
Belgien	26 529	107 176	69 422
Großbritannien	10 831	75 569	32 543
Niederlande	14 331	47 747	39 815
Frankreich	5 890	42 145	32 031
Dänemark	30 891	34 585	32 031
Deutschland	6 158	5 757	18 887
Brasilien	—	4 089	—
Norwegen	16 326	3 279	—

Die Hauptlieferanten sind also Belgien, Großbritannien und die Niederlande gewesen, dann auch Frank-

reich und Dänemark, so daß für die Lieferung nach Polen hauptsächlich der Seeweg in Frage kommt. Nur zeitweise wurden auch nennenswerte Mengen von Schrott aus den Oststaaten auf dem Landwege eingeführt, außerdem kamen zeitweise auch größere Mengen gemischter Maschinenteile und Bleche aus überseeischen Ländern, die in den obigen Zahlen nicht enthalten sind. Dadurch erhöht sich die Gesamteinfuhr für 1932 noch um 3 663, 1931 um 16 935 und 1930 um 80 873 T.



Unter Berücksichtigung aller Arten von Schrott hat sich der Anteil der Einfuhr über Danzig und Gdingen wie folgt gestaltet:

Einfuhrmenge in T.		
	über Danzig	über Gdingen
Jan./April 1933	3 047	70 470
Im Jahre: 1932	7 747	123 907
1931	7 610	341 901
1930	52 068	272 479
1929	359 023	49 582
1928	477 343	11 181
1927	320 945	—

Heute kommt also der Hauptteil der polnischen Schrotteinfuhr über Gdingen. Danzig spielt keine Rolle mehr dabei, und das ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen der polnischen Schrotteinkaufszentrale und der polnischen Regierung zugunsten von Gdingen.

Die genauen Zahlen über die jahresmäßige Verteilung der Schrotteinfuhr über Danzig und über Gdingen sowie das nebenstehende Diagramm sind einem soeben erschienenen Buch von Dr. Ernst Albert „Polens Kampf gegen den Danziger Hafen“ entnommen. Das Buch, das gerade im Hinblick auf das brennende Problem Danzig-Gdingen überaus aktuell ist und das zu diesem Problem einwandfreies Material in Menge zur Verfügung stellt, läuft als Heft 5 in der Reihe der „Danziger Schriften für Politik und Wirtschaft“ (Herausgeber Dr. Th. Rudolph) im Verlage von A. W. Kaspermann GmbH, Danzig. Wir kommen auf das Heft noch einmal ausführlicher zurück.

Die Steigerung des deutschen Außenhandels im Mai

Das besondere Kennzeichen der deutschen Außenhandelsentwicklung im Mai, über die wir bereits Sonnabend kurz berichteten, ist die Steigerung der Umsätze auf beiden Seiten. Die Einfuhr zeigt mit 333 Mill. RM. eine Zunahme um 4 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die Ausfuhr liegt mit 422 Mill. gegen 11 Prozent über dem April. Soweit die vorläufigen Daten einen Rückschluß auf die konjunkturelle Entwicklung zulassen, wird man auf die Feststellung, daß sich die Belebung in allen Hauptgruppen fast gleichmäßig stark bemerkbar macht, besonderen Wert legen müssen. Insbesondere gilt das von der Einfuhr. Die Steigerung um etwa 12 Mill. RM. beruht weitgehend auf der

Steigerung der Rohstoffeinfuhr, die mit 189,6 Mill. den Rückgang im April zur Hälfte wieder aufgeholt hat. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Rohstoffeinfuhr im Mai 1933 mit 176 Mill. RM. erheblich unter der Einfuhr im Mai 1932 lag, obwohl das Preisniveau gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken ist. Man wird allerdings bei der Steigerung der Materialeinfuhr gegenüber dem April die künstliche Senkung der Preiseinfuhr durch die zollbedingte Voreindeckung im März nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Insbesondere war diese Voreindeckung bei der Einfuhr von Lebensmitteln wirksam, so daß die geringe Steigerung der Lebensmitteleinfuhr von 85,7 auf 87,7 Mill. RM. im Mai die seit Monaten bemerkbare Tendenz zur Verringerung der deutschen Lebensmitteleinfuhr sicher nicht beseitigt hat. Im Mai 1932 z. B. betrug die Lebensmitteleinfuhr mit 116 Mill. RM. 32,3 Proz. mehr als im Mai 1933.

Die Ausfuhr steht mit 421,8 Mill. RM. nur um ein Geringes dem bislang höchsten Ergebnis im März 1933 nach.

Die Steigerung der Ausfuhr gegenüber dem Vormonat beruht in erster Linie auf der Steigerung der Fertigwarenausfuhr.

Die mit 333 Mill. um rund 32 Mill. über den Ergebnissen des April liegt. Nach den vorläufigen Feststellungen ist dabei die Ausfuhr nach der Mehrzahl der Absatzländer gestiegen. Im besonderen gilt dies allerdings für Rußland, dessen Einfuhr insbesondere von Maschinenlieferungen erst in der Sammelanweisung des Monats Mai zum Ausdruck kommt. Auch die Rohstoffeinfuhr zeigt mit 75,9 Mill. eine beachtliche Steigerung gegenüber dem Vormonat (68,5 Mill.).

Die Gesamtentwicklung im Mai ist als Symptom einer gewissen Belebung des deutschen Außenhandels

deswegen besonders bemerkenswert, weil sie zu der Entwicklung im Vorjahr in auffälligem Gegensatz steht. 1932 ging die Einfuhr von 427 auf 351 Mill. im Mai zurück. Dabei zeigte die Rohstoffeinfuhr einen besonders starken Rückgang (von 220 auf 176 Mill.). Ebenso zeigte die Ausfuhr einen Rückgang von 481 auf 447 Mill. Während im Vorjahr die saisonmäßige zu er-

wartende Gesamtbelebung durch den konjunkturellen Anstieg mehr als überdeckt wurde, ist für 1933 zumindest kein Widerspruch zwischen den saisonalen und den konjunkturellen Tendenzen mehr festzustellen.

Allerdings darf über die günstigeren Entwicklungen des Außenhandels nicht der geringe absolute Umfang übersehen werden, den die Umsätze gegenüber dem Vorjahr einnehmen.

Die monatsdurchschnittlichen Umsätze des Vorjahres sind bei weitem noch nicht erreicht. Die Materialeinfuhr ist mit 333 Mill. um 14,4 Prozent niedriger als im Vorjahr (389 Mill.). Die monatsdurchschnittliche Ausfuhr betrug 1932 478 Mill., während sie im Mai 1933 mit 422 Mill. immerhin noch um 11,8 Proz. zurückbleibt.

Erfreulich ist jedoch die Erhöhung des Ausfuhrüberschusses auf 89 Mill. Allerdings darf man die Ueberschüsse aus dieser günstigen Entwicklung der Handelsbilanz für die Chancen der deutschen Transferfähigkeit nicht zu weit ziehen. Denn vor allem ist eine dauernde Erzielbarkeit dieses Ausfuhrüberschusses nicht gewährleistet; ferner muß man berücksichtigen, daß der hohe Anteil der Rohstofflieferungen an der Ausfuhrsteigerung im Mai zunächst keine Steigerung des Deviseneingangs erwarten lassen wird.

Besserung im Danziger Holzexport.

Am Danziger Holzmarkt ist in letzter Zeit die Anfrage aus England sehr reg, und es konnten für prompte Abladungen Preissteigerungen bis zu 5 Schilling pro Standard erreicht werden. Der Grund liegt darin, daß sich infolge der englischen Einfuhrstoppe für russisches Holz der Danziger polnische Holzexport sprunghaft erweitert hat. Im Reichsholz hat die im Mai erreichte Stabilität der Preise angehalten. Nach Belgien kamen nur wenige Geschäfte zustande. Auch der Absatz nach Holland war sehr ruhig. Im Export nach Frankreich hat sich die Erhöhung der dortigen Lizenzsteuer sehr ungünstig auf den Holzimport ausgewirkt. Im Gegensatz zum Reichsholzmarkt ist der Danziger Hartholzmarkt im vergangenen Monat bei zuverlässiger Gesamtstimmung recht ruhig geblieben. Die Vorräte in Danzig und Polen sind gering, während die Nachfrage reg ist. Für Rundbeiche, sowie für Blockware bestanden gute Absatzmöglichkeiten, doch waren die Lagerbestände gering. Die Kaufkraft auf dem Holzmarkt hält an. Da die Vorräte in diesem Artikel zu gering sind, konnten die Preise erneut ansteigen.

Die Ausichten für den Monat Juni werden günstig beurteilt. Während sonst um diese Jahreszeit die Umsätze etwas zurückgehen, dürfte diesmal mit einer Belebung zu rechnen sein. Auf jeden Fall ist in Kreisen des Danziger Holzexports die Ansicht vorherrschend, daß der Tiefpunkt der Preise überwunden ist.

Keine nennenswerten Veränderungen.

Der letzte Ausweis der Bank Polsti.

Die erste Juni-Dekade brachte keine nennenswerten Veränderungen. Die in London schwebenden Verhandlungen und die Lage am internationalen Welt- und Kapitalmarkt haben die Bank Polsti in eine Stellung der Zurückhaltung und Erwartung gedrängt, die sie als eine Stellung des Währungs-schutzes bezogen hat. Die ganze Aufmerksamkeit gilt daher der formellen und äußeren Seite der Währungsbedeutung und erstreckt sich dann auf die Abwehr der von verschiedenen Seiten her drohenden Schwierigkeiten. Die Bank Polsti hat den Goldbestand erhalten können. Der Vorrat an Devisen hat einen Rückgang von 1,3 Millionen Zloty erfahren. Die Kreditfähigkeit hat durch einen Rückgang des Wechselportefolios um 25,4 Millionen und der Lombardkredite um 3,8 Millionen Zloty eine Einschränkung erfahren. Der Notenumlauf ist wieder um 4,5 Millionen zurückgegangen und ist im Augenblick niedriger als eine Milliarde.

Der Notenumlauf weist eine Deckung von 45,21 Prozent auf.

* Die Deutsche Volksbank in Bromberg hielt am 14. Juni unter Teilnahme von etwa 100 Genossen die diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß die Bank das verfloßene Geschäftsjahr zu einer gründlichen Reorganisation benutzt und infolgedessen größere Beträge für Rückstellungen verwandt hat, so daß die Gewinn- und Verlustrechnung für 1932 mit einem Verlust von 35 000 Zloty abschließt. Zur weiteren Vereinigung der Bilanz beschloß die Generalversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates einstimmig, die Betriebsrücklage in Höhe von 577 000 Zloty aufzulösen und zu verschiedenen Abschlüssen zu verwenden, um die Aktien auf ihren Zeitwert zu bringen. Eine Dividendenverteilung konnte deswegen nicht in Frage kommen. Die Ausschichten für das laufende Geschäftsjahr beurteilen die Verwaltungsgremien der Bank erheblich günstiger. Die Bank hat deshalb schon jetzt den Zinssatz für die debitorischen Konten auf 2 Prozent unter den gesetzlichen Höchstzinssatz auf 8 Prozent gesenkt. Die Genehmigung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates erfolgte einstimmig. Die aus-scheidenden Aufsichtsratsmitglieder, die Herren Schmidt, Töhl, Seelert, Kriebitz, wurden einstimmig wiedergewählt.

Berliner Produktenmarkt

Weizen, märk. 190—192; Juli 203½. Tendenz: ruhig. Roggen, märk. 152—154; Juli 165½. Tendenz: ruhig. — Futter- und Industrieergerie 165—175. Tendenz: ruhig. — Hafer, märk. 136—141; Juli 145. Tendenz: stetig. — Weizenmehl, ruhig, 22¾—27. Roggenmehl, 70%, 20¾—22,85. Weizenkleie, fest, 9,40—10. Roggenkleie, fest, 9,30 bis 9½. Viktoriaerbsen 29—29½. Kleine Speiseerbsen 20—21½. Futtererbsen 13½—15. Beluschten 12,25—14, Aders-böhen 12—14. Widen 12½—14. Lupinen, blaue 9,90—11,30. Lupinen, gelbe 13¼—14¼. Leinfäden, Basis 37%, 7,50. Trodenschnitzel 8,60. Extrahiertes Sojabohnenöl 9,70.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten 117,50—119,50; Nobel Newyork 4,16—4,23; Dollarnoten 4,16—4,23; Pfund Scheid London 17,33—17,37.

Danziger Devisen

	19. 6.	17. 9.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	—	—
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	17,33	17,37
„ Warschau 100 Zloty	57,47	57,59
„ Newyork 1 Dollar	—	—
„ Berlin 100 RM.	121,48	121,72
„ Paris 100 fr. Frank.	20,17	20,21
„ Helsinki 100 fm.	—	—
„ Stockholm 100 Kr.	—	—
„ Kopenhagen 100 Kr.	—	—
„ Oslo 100 norw. Kr.	—	—
„ Amsterdam 100 hfl.	—	—
„ Zürich 100 Franken	98,94	99,14
„ Brüssel/Antwerpen 100 Belg.	—	—
„ Wien 100 Schilling	—	—
„ Prag 100 Kr.	—	—

Noten:

Poln. Noten 100 Zloty	57,48	57,60	57,47	57,59
Dollar-Noten 1.	—	—	—	—
von 5—100 1 Dollar	—	—	—	—
Reichsmark (100 RM.)	—	—	—	—

Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert			
Festverzinsliche Wertpapiere:			
a) ohne Zinsberechnung:			
7% Danziger Stadtanleihe von 1925	—	2)	—
6½% Danziger Staats- (Tabakmonopol)-Anleihe von 1927	—	G 2)	— G
5% Roggenrentenbriefe	4.50 bez.	1)	—
b) mit Zinsberechnung:			
6% (bish. 8%) Danziger Hypothek-Bank Kommunal-Obligationen	—	2)	—
6% (bish. 8%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 1—9	68¼ rp G 1)	—	—
6% (bish. 8%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 10—18	67 etw. bz. G	66½	bez.
6% (bish. 7%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 19—26	67 bez. G	—	—
6% (bish. 7%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 27—34	—	67½	bez.
6% (bish. 7%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 35—42	67 bez.	—	G
6% (bish. 6%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 1	—	—	—
Aktien:			
	Div. f.		
	1931	1932	
Bank von Danzig	0 ½	0 ½	— G 2)
Danz. Priv.-Akt.-Bank	0 ½	—	— G 2)
Danz. Hypothekenbank	0 ½	—	— 2)
Danziger Bank f. Handel und Gewerbe	0 ½	—	2)
Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG	12 ½	9 ½	— 2)

Anmerkungen:

*) Kurs für 1 Zentner — *) Kurs für 100 Gulden.

Besüglich der 7 prozentigen Danziger Stadtanleihe 1925 und der 6½ prozentigen Danziger Tabakmonopolanleihe 1927 ist der Umrechnungskurs mit 1 Pfund Sterling = 26 Gulden festgesetzt.

ab Hamburg 13,40; ab Stettin 13,80. Kartoffelflocken 13,80—50. Allgemeine Tendenz: uneinheitlich.

Danziger Getreidebörse.

Letzte amtliche Notierung vom 13. Juni 1933.

Weizen, 128 Pfund, 22,00; Weizen, 125 Pfund, 21,40; Roggen, Export, ohne Handel; Roggen, Konsum, 11,00 bis 11,25; Gerste, zum Konsum; keine Gerste 10,70; Gerste, mittel 10,40; Futtergerste 10,00; Hafer 8,40—9,25; Viktoriaerbsen, grüne Erbsen, kleine Erbsen, Rüben, Kaps (ämtlich ohne Handel); Roggenkleie 6,40; Weizenkleie 6,40 Gulden.

Mies Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nichtamtlich. Vom 19. Juni 1933.

Weizen, 128 Pfund, 22,00; Weizen, 125 Pfund, 21,50; Roggen 10,90—11,10; Braugerste 10,00—10,50; Futtergerste 9,25—9,75; Hafer 9,00—9,10; Roggenkleie 6,50; Weizenkleie 6,50; Weizenflocke 6,70 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig.

Die Preise haben angezogen. Weizen bringt 22,00 Guld. Für Roggen zum Konsum wird 11,10 Gulden bezahlt. Durchschnittsgerste ist mit 10,50 Gulden angeboten.

Juni-Lieferung.

60%iges Roggenmehl D.G. 20,00; Weizenmehl 000 D.G. 37,50 frei Bäderei Danzig.

Schiffe im Danziger Hafen.

Eingelaufene Schiffe.

Am 19. Juni:

Griech. D. „Polyktor“ (2484) von Calais, leer (M.). Holl. D. „Amazone“ (639) von Amsterdam mit Gütern (Reinhold). Dtsch. D. „Nolze“ von Rotterdam mit Gütern (Wolff). Poln. D. „Wargawa“ (1534) von London mit Gütern (Pam.). Dän. D. „Svanholm“ (764) von Liverpool mit Gütern (Reinhold). Dtsch. D. „Sector“ (527) von Bremen, leer (Wolff). Dtsch. D. „Gaus“ (592) von Bremen, leer (Wolff). Schwed. M.S. „Kerstin“ (70) von Stockholm mit Utpapier (Bergens). Dän. D. „Polly“ (462) von Kopenhagen, leer (M.). Dän. M.S. „Erna“ (115) von Aarhus mit Gütern (Reinhold). Dän. M.S. „Vesta“ (70) von Gdingen, leer (M.).

Ausgelaufene Schiffe.

Am 19. Juni:

Dtsch. D. „Nidhußen“ (529) nach Wafa mit Getreide (Venschat). Dän. D. „Belgien“ (1173) nach London mit Holz (Burton).

Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

M.S. „Silba“ (Bergens), M.S. „Elisabeth“ (Bergens), M.S. „Mars“ (Bergens), M.S. „Heinrich Welf“ (Bergens), D. Ernst Brodelmann (Sodmann), M.S. „Maja“ (Gans-windt), M.S. „Elsa“ (Atlantic), M.S. „Raethe Samm“ (Atlantic), D. „Junga (ohne Malter), D. „Jacoba“ (Browe), M.S. „Margareta“ (Bergens), M.S. „Franziska“ (Bergens), D. Kaupo (Arhus), D. „Victoria“ (Arhus), M.S. „Hemland“ (Bergens), D. „Stille Guy“ (Pam), D. „Kojedon“ (Pam), D. „Ethan“ (Beferte u. Sieg).

Berliner Effekten

	19. 6.	17. 6.
Deutsche Anl.-Ausl.-Sch.	78.—	178.—
einschl. ½ Abf.-Sch. Nr. 1—90 000	—	—
Dtsch. Anl. Abf.-Sch. ohne	12,40	123,5
Auslosungsschein	51.—	51.—
Commerz- und Privat-Bank	58.—	58.—
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellsch.	47.—	47.—
Dresdner Bank	141.—	138,75
Reichsbank	17½	17,25
Hamburg-Amerika-Linie	18,25	18,25
Hamburg-Südamerika-Linie	24,50	24,50
Norddeutscher Lloyd	18,25	18,25
A. E. G.	116,50	115,75
Berliner Kraft- u. Lichtzentrale	75.—	75,75
Buderus Eisenwerke	78.—	78,25
Charlottenburger Wasserwerke	115,50	115,875
Dessauer Gas	111½	111,75
Elektr. Licht und Kraft	131½	131,375
I. G. Farbenindustrie	64,50	64,625
Feldmühle Papier	60,50	61,125
Gelsenkirch. Bergwerk	92.—	91,25
Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co.	49½	50,75
Th. Goldschmidt	103.—	104,75
Harpener Bergbau	57.—	57.—
Philipp Holzmann	65.—	65,50
Mannesmannröhren	24½	24,625
Mansfelder Bergbau	81½	81,50
Oberschlesische Kokswerke	39½	40.—
Phönix Bergbau	59½	58,875
Rütgerswerke	113½	112,75
Schuckert & Co.	22.—	23,25
Leonhard Tietz	49½	550,0
Zellstoff Waldhof	—	—

Berliner Devisen

	19. 6.	17. 6.
Diskont-sätze	Geld	Brief
6	0,923	0,927
6	3,117	3,123
6	0,889	0,891
4½	0,889	0,891
7	14,705	14,745
7	2,038	2,042
2	14,325	14,365
2½	3,467	3,529
7	0,229	0,231
7	1,449	1,451
3½	170,08	170,47
9	2,458	2,462
3½	59,04	59,16
6	2,488	2,492
4½	—	—
3	82,57	82,78
5	6,339	6,351
4	22,15	22,10
7½	5,195	5,205
7	42,26	42,46
3	63,79	63,79
6	13,04	13,04
3½	72,28	72,38
2½	16,62	16,62
3½	12,54	12,54
7½	64,44	64,44
5½	73,18	73,18
2	81,57	81,57
8	3,047	3,053
6	36,06	36,06
3	73,68	73,68
4½	—	—
5	110,39	110,61
5	46,95	47,05

Mitgeteilt von der Deutschen Bank und Discontogesellschaft Filiale Danzig, Depositionskasse, am Hauptbahnhof.

Dr. W. Schulte

Der heilige Rock von Trier

Der heilige Rock von Trier — ein Schwindel? So hörte ich vor einigen Tagen in der Eisenbahn besprechen. Man anerkannte zwar das „Geschäft“ der Reichsbahn demnachst vom 23. Juli bis 3. September, wenn der hl. Rock in Trier „ausgestellt“ werde. Es sei aber doch eine hahnenbüchse Zumutung, daß die Kirche auch noch von der modernen Menschheit verlange, solche Märchen zu glauben, wie dies von dem hl. Rock. In der Tat,

die urkundlichen Zeugnisse

für die Echtheit des hl. Rockes sind dürftig. Die erste unbedingt sichere Nachricht stammt erst aus dem Jahre 1196, wo berichtet wird, der Erzbischof Johannes habe den hl. Rock aus dem Nikolaus-Altar des Westchores in den neuen Hochaltar übertragen. Aus den Jahrhunderten vorher kennen wir nur die Ueberlieferung: Helena, die Mutter des römischen Kaisers Konstantin, habe (zusammen mit anderen Reliquien) den hl. Rock nach Trier gebracht. Ein urkundlicher Nachweis hierüber liegt jedoch nicht vor. Mit anderen Worten: Ueber 1000 Jahre sind wir über den hl. Rock urkundlich im Dunkeln.

Aber wird nun durch das Fehlen von Urkunden bewiesen, der Glaube an der Echtheit des hl. Rockes sei Fälschung?

Selbst wenn keine einzige Urkunde bei den vielen zerstörerischen Kriegen und Kämpfen in und um Trier im Laufe der Jahrhunderte verloren gegangen wäre — hat sich denn nur ereignet, was schriftlich niedergelegt wurde? Das hieße behaupten wollen: Was nicht aufgeschrieben ist, ist nicht passiert! Mindestens ebenso vernünftig, wie nur das für wahr zu halten, was man Schwarz auf Weiß besitzt, dürfte die Ueberlieferung sein, daß die Apostel und ihre Nachfolger einen solchen Gegenstand wie den Leibrock des Heilandes sicher nicht verkommen ließen. Wir wissen, so sagt die Einladung zu der Wallfahrt nach Trier in diesem Jahre, „daß die ersten Christen bemüht waren, mit kostbarem Linnen das Blut der Märtyrer aufzufangen und dieses blutgetränkte Linnen wie ein verehrungswürdiges Heiligtum aufzubewahren. Ist es nicht schon aus diesem Grunde verständlich, wenn die Jünger des Herrn Sorge trugen, den blutgetränkten Leibrock des Herrn in ihren Besitz zu bekommen und daß die Christengemeinde in Jerusalem dieses kostbare Kleinod voll Sorge und Ehrfurcht behütete und bewahrte?“ Und wenn es nun ferner Tatsache ist, daß die hl. Helena es war, die die Verehrung des Geheimnisses von Golgatha mit nachweisbarem Erfolge belebte, — wenn die hl. Helena weiterhin besonders gerne in Trier weilte, ist es dann Dummheit, die uralte Ueberlieferung für wahr zu halten, die hl. Helena habe den hl. Rock nach Trier gebracht? Wir haben ebenso wenig Grund, z. B. den sonst als klug bekannten deutschen Kaiser Maximilian gerade in diesem Punkte für blöd zu halten, wenn er im Jahre 1512 anlässlich eines Reichstages zu Trier den hl. Rock zur allgemeinen Verehrung ausgestellt zu sehen wünschte.

Zum mindesten beweist die ehrfürchtige Zurückhaltung des Erzbischofs, ja sein Sträuben damals gegen die „Ausstellung“ des hl. Rockes, daß die Kirche es nicht an der Gewohnheit hatte, mit „Reliquien-Mummel“ Geschäfte zu machen. Wie sie denn auch

niemals von den Gläubigen verlangt hat, an die Echtheit des hl. Rockes zu glauben!

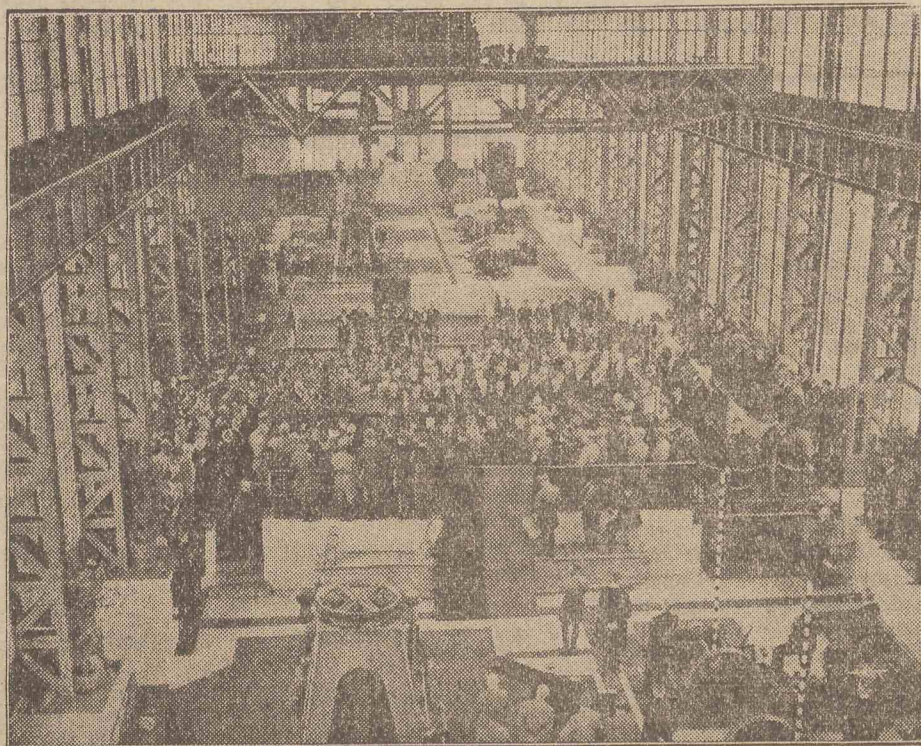
Zimmer hat sie vielmehr gelehrt, was bei der letzten Zeigung des hl. Rockes Bischof Korum 1891 in einem Hirtenbriefe ausdrücklich erklärt hat: „Wenn es sich um die Echtheit einer bestimmten Reliquie handelt, so ist es jedem unbenommen, nach vernünftigen Gründen sein Urteil zu bilden“. Ja, selbst vor leichtfertig ohne zwingenden Grund die Echtheit einer Reliquie zu verwerfen, „würde vielleicht anmaßend und pietätlos handeln, aber noch nicht gegen den Glauben selbst sich verstoßen“. Denn „die Echtheit einer Reliquie stützt sich, wie jede andere geschichtliche Tatsache, auf das Zeugnis der Menschen; die Authentizität keiner Reliquie, auch nicht der vornehmsten in den ältesten Kirchen der Christheit, fällt unter irgendeine Vorschrift des katholischen Glaubens“. Andererseits aber sei es kein Zeichen von Wahrheitstheorie, „ohne überzeugende Beweise unsere Vorfahren der Leichtgläubigkeit oder gar des Betruges zu bezichtigen. Wie könnte ich annehmen, daß meine Vorfahren (auf dem Bischofsstuhl zu Trier) in einer so hochwichtigen heiligen Sache bei der Prüfung der Echtheit einer solchen Reliquie es trotz der wiederholten feierlichen Vorschriften der Kirche an der nötigen Sorgfalt und Wachsamkeit fehlen ließen oder zu einem bewußten Betrage geschwiegen hätten?“

Doch diese Frage, ob echt oder unecht, ist schließlich nicht das Entscheidende. Schon ein Bischof des 19. Jahrhunderts hat gesagt:

„Nicht des Rockes wegen verehren wir diese hl. Reliquie, sondern wegen dessen, der das Kleid getragen hat“.

Erst an diesem Punkte können die Geister auseinandergehen: An das Geschehnis auf Golgatha, d. h. an die Erlösung der Menschen durch Gottes Sohn soll uns die Verehrung des hl. Rockes erinnern. Nachweisbar waren

alle Wallfahrten zum hl. Rock auf dies Hochziel gerichtet: Glauben und Liebe zum Erlöser zu wecken und zu stärken. Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb anlässlich der Wallfahrt 1891: Man fühlt sich zurückverlegt in jene Gegend und in jene Tage, wo Peter von Amiens von Land zu Land zog und die Gläubigen zum Kampfe um das hl. Land zumammelte — ob das Volk heute folgen würde, ob die Ritter wiedererwachen würden, das Volk zu führen? Wer mehrere Tage in dieser Zeit in Trier gewesen, ... der muß sagen: die Zeiten sind andere geworden, die Menschen und die Zeichen sind dieselben geblieben. Und ein anderer Augenzeuge bestätigt: „Wenn man den gläubigen Ernst, die tiefe Beseelung in den Mienen der Pilger sich abspiegeln sah, wenn beim Eintritt in den Dom im Auge weiterharter Männer, die im Kampf des Lebens vieles erduldet, eine reuevolle Zähre erglänzte, die dem Andenken des am Kreuze für unsere Sünden gestorbenen Gotteslamme geweiht war, dann konnte man sich der Rührung kaum erwehren, und oft



Hilfe von Mensch zu Mensch

Von der „öffentlichen“ zur „freien“ Wohlfahrtspflege.

Der Preussische Minister des Inneren, Göring, verurteilt durch einen eben herausgehenden Rundbrief einen schon seit längerem beklagten Mangel in unserem Fürsorgewesen: „Die Aufgaben der Volkswohlfahrt grundsätzlich durch öffentliche Stellen und Einrichtungen zu erfüllen... Aus diesem Streben heraus hat die öffentliche Wohlfahrtspflege eigene Einrichtungen auch dort geschaffen, wo solche der freien Wohlfahrtspflege ausreichten vorhanden waren“; dadurch wurde nicht nur die volle Ausnutzung bewährter, vorhandener Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege unmöglich gemacht, sondern die gesamte Wohlfahrtspflege erheblich und unnötig verteuert, im übrigen auch noch politisiert und bürokratisiert. Mit Recht erklärte der Minister: Die Hilfe von Mensch zu Mensch könne niemals der Kräfte entbehren, die sich freiwillig aus christlicher Nächstenliebe und aus Verantwortungsfühl für die Volksgemeinschaft zur Verfügung stellen. Es sei deshalb unsere Aufgabe, die Fehler der vergangenen Jahre durch weitgehende Heranziehung der freien Wohlfahrtspflege auszugleichen.

Das wird aber nur dann möglich sein, wenn man weiß,

worum es sich bei der freien Wohlfahrtspflege handelt.

Leider sind jedoch noch breite Kreise unseres Volkes darüber falsch orientiert. Die landläufige Auffassung verwechselt die „freie“ Wohlfahrtspflege mit der „unorganisierten Liebestätigkeit“, wie sie von Hand zu Hand wirkt. Dieser Hilfe „an der Haustür“ soll jedoch hier nicht das Wort geredet werden. Gewiß hat das private, unkontrollierte Almosengeben auch sein Gutes; mehrere hundert Millionen Reichsmark werden so jährlich verschwenkt. Aber zugunsten einer wirklich erfolgreichen Versorgung der Hilfsbedürftigen ist es nötig, daß all die kleinen und größeren Quellen zum großen Sammelbecken der organisierten Wohlfahrtspflege fließen, damit sie von dort planmäßig weitergeleitet werden können. Eben dies beabsichtigt die öffentliche freie Wohlfahrtspflege. Im Gegensatz zur amtlichen (behördlichen) Fürsorge, die immer — wenn auch im besten Sinne — bürokratisch und schematisch arbeiten wird, wirkt die freie Wohlfahrtspflege aus Motiven, die davor bewahren, den notleidenden Bruder als „Fall“ zu behandeln. So bieten die aus echter christlicher Nächstenliebe wirkende „Innere Mission im evangelischen Deutschland“ und der katholische Caritasverband — um die vielseitigen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege zuerst zu nennen — mehr als nur materielle Hilfe; sie wollen „dem ganzen Menschen mit all seinen Bedürfnissen

gestanden Andersgläubige, daß dieses Schauspiel sie bis zu Tränen gerührt habe“.

Gewiß, es wäre genug Gelegenheit für „Fremden in der Wüste“ gewesen. Schon vor Beginn der Wallfahrt waren aus Amerika 5 Extradampfer für die Pilgerfahrt angemeldet. Aus Nord- und Südamerika, aus Australien, Persien, Jerusalem, Konstantinopel, Algier, Schweden, Dänemark, Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, Belgien, Holland, England, Irland, Desterreich, Polen; Ungarn und aus allen Teilen Deutschlands strömten 2 Millionen Pilger nach Trier — aber, so schrieb der Berichterstatter des „Figaro“ am 6. September 1891, die Restaurationsbuden standen fast leer! Und was diese französische Zeitung weiter jagt, dürfte heute von ganz besonderer, ja schicksalshafter Bedeutung sein:

Diese Pilgerfahrt sei eine glänzende Friedensdemonstration der Völker Europas

gewesen. „Deutsche, Lothringer, Elässer, Luxemburger, Franzosen und Belgier, welche die Mehrheit der Pilger bildeten, haben miteinander gemietet in Frömmigkeit und herzlicher Eintracht. Alle nationalen Zwistigkeiten und Parteilungen waren vergehen; es herrschte ein äußerst ruhender Geist der Eintracht und Brüderlichkeit“.

Die Eröffnung des Stauwerks Ottmachau.

In Ottmachau in Schlesien wurde jetzt das riesige Staubeden feierlich seiner Bestimmung übergeben — ein Akt, von dem unser Bild berichtet: die Eröffnungszeremonie im großen Maschinenaal. Mit Hilfe des Stauwerks will man in den wasserarmen Monaten die Oder speisen, um zu verhindern, daß die Schifffahrt im Sommer zum Erliegen kommt. Außerdem nicht ein elektrisches Großkraftwerk die aufgeschichteten Wassermengen zur Erzeugung elektrischer Energie.

von kath. Priestern Deutschlands „Par“, endlich die Liebestätigkeit der Ordensgesellschaften und Kongregationen. Wohl die bekannteste Gruppe des Fachausschusses für Hausarmen-Familienfürsorge ist der Vinzenzverein, dessen Begründer wir in diesen Tagen anlässlich seines 100. Geburtstages gedachten.

Insgesamt umfaßt der Deutsche Caritasverband zurzeit 3538 wohltätige Vereine mit über 600 000 ehrenamtlich Tätigen.

Während bei der Inneren Mission, dem Deutschen Caritasverband und der entsprechenden katholischen Wohlfahrtspflege die Liebestätigkeit entscheidend durch die Gemeinschaft der religiösen Bekenntnisse beeinflusst wird, arbeitet

das Rote Kreuz

auf eifriger und humanitärer Grundlage. Es gewährt Hilfe und sammelt helfende Kräfte ohne Unterschied von Konfession und Partei. Zunächst war das „Rote Kreuz“ als Kriegsorganisation gedacht; doch aus der Tätigkeit zur Vorbereitung des Kriegsdienstes (Krankenpflege, Verwundetentransport usw.) hat sich die bekannte weitverzweigte, ungemein segensvolle Friedensarbeit entwickelt zur Bekämpfung und Linderung gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sittlicher Not in Familien, bei Kranken, Kleintrentnern, Veteranen usw. Das Rote Kreuz umfaßt an 5000 Vereine und 3160 Sanitätskolonnen in Jugendgruppen und -abteilungen.

Dem Roten Kreuz verwandt, weder religiös noch politisch orientiert, wirkt

der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband,

der ausschließlich reale Zwecke verfolgt. Seit etwa 1900 unterhält er eine Vielzahl von Kranken-, Waisen- und Fürsorgehäusern, Tuberkulose-, Blinden-, Epileptiker-, Wöchnerinnen-, Krüppel-, Trinker-, Säuglingsheimen. Er arbeitet außerdem mit dem Deutschen Verband der Sozialbeamtinnen, dem der Säuglings und Kleinkinderfürsorge, Krankenpflegerinnen und dem Deutschen Gröbelerband.

Neben diesen meist älteren Organisationen innerhalb der freien Wohlfahrtspflege gibt es darin noch eine ganze Reihe meist jüngerer, doch ebenfalls unerheblich wichtiger Unternehmungen wie in der N. S. D. A. P., der Heilsarmee oder den Zentralwohlfahrtsausschüssen der christlichen Arbeitervereine (seit 1930: „Christl. Arbeiterhilfe“), in dem alle deutschen Arbeitervereine vertreten sind. So umfaßt die freie Wohlfahrtspflege eine kaum zu übersehende Fülle von Vereinigungen größten bis kleinsten Umfanges, die wir hier nicht einmal mit Namen kennen. Das zurzeit beste Orientierungsmittel darüber hat man in der mit reichen Literaturangaben versehenen Schrift von Dr. Joseph Schlüter über „Die freie Wohlfahrtspflege in Deutschland“, die eben in Carl Heymanns Verlag, Berlin) erschienen ist. Hier sieht man die ungeahnte vielen Möglichkeiten, frei, aber doch planvoll „Hilfe von Mensch zu Mensch“ leisten.

Dr. Oskar Sauerwald.

Amthlicher Schritt zur Klärung der Reichsbischofsfrage in der protestantischen Kirche.

W.B. Berlin. Der Bevollmächtigte des Reichstanzlers, Wehrteispfarrer Müller, hat an die Bevollmächtigten der Kirchen ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Der Reichstanzler hat mir sein außerordentliches Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Einleitung für den Neubau der deutschen evangelischen Kirche eine schwierige und durchaus unliebsame Entwicklung genommen haben. Er hat meine Bitte, die Bevollmächtigten zu empfangen, abgelehnt. Er lehnt auch den Empfang des Pastors v. Bodelschwingh ab. Ein Empfang beim Herrn Reichspräsidenten ist zurzeit ebenfalls nicht möglich.

Meines Erachtens ist die Lage zurzeit die, daß Pastor von Bodelschwingh als Reichsbischof zwar in Aussicht genommen ist, daß aber ein anerkanntes Reichsbischofsamt noch nicht besteht, solange nicht die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in Kraft ist. Diese Verfassung bedarf der Zustimmung des Kirchenvolkes wie der Zustimmung des Reiches. Es wird dankbar begrüßt, wenn die neuen Verhandlungen zwischen dem Dreier-Ausschuß und dem Bevollmächtigten des Kanzlers das Ziel verfolgen, in allen Landeskirchen neue Wahlen vorzubereiten oder einen anderen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden.

Starke Abnahme der Deckungsbestände.

Der Reichsbankausweis vom 15. Juni.

Berlin. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Juni 1933 hat sich in der verflochtenen Banknote die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 38,5 Millionen auf 3480,5 Mill. RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 17,6 Mill. auf 3041,2 Mill. RM., die Bestände an Reichsschatzwechseln um 24,2 Mill. auf 40,8 Mill. RM. und die Effektenbestände um 0,4 Mill. auf 319,9 Mill. RM. abgenommen, die Lombardbestände um 3,7 Mill. auf 78,2 Mill. RM. zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 86,2 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 88,6 Millionen auf 3284,0 Mill. RM. verringert, derjenige an Rentenbankscheinen um 2,4 Millionen auf 383,2 Mill. RM. erhöht. Der Umlauf an Scheidemünzen nahm um 58,8 Mill. auf 1379,1 Mill. RM. ab. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen haben sich dementsprechend auf 297,5 Millionen RM. erhöht, diejenigen an Scheidemünzen auf 400,4 Mill. RM. eine Zunahme um 24,8 Mill. RM.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 86,8 Mill. auf 348,9 Mill. RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 87,4 Mill. auf 263,9 Mill. RM. abgenommen und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 0,6 Mill. auf 85,0 Mill. RM. zugenommen. Die starke Abnahme der Deckungsbestände hängt in der Hauptsache mit der Teildrückung auf den über die Deutsche Goldkassendbank aufgenommenen Bauschaffstredit zusammen.

Die Deckung der Noten betrug am 15. Juni nach Abzug der noch bestehenden kurzfristigen Devisenverbindlichkeiten in Höhe von 28 Millionen Dollar 7,6 Prozent gegen 7,3 Prozent am Ende der Vorwoche.

Der spanische kath. Metzerverband zum Ordensgesetz

Madrid. Wie bekannt wird, hat dieser Verband beim Präsidenten der Republik interpelliert, aus reiner Menschlichkeit das Ordensgesetz nicht auszuführen, da sonst circa 350 000 Kranke, 18 000 Irren und circa 15 000 Krüppel der bisherigen Obhut durch die Ordensleute verlustig gingen.

Ein Querschnitt durch das Internationale Sportfest,

das in Berlin ausgezeichnete Leistungen zeigte: (von links): der Holländer Berger schlägt im 100-Meter-Lauf — ebenso wie über 200 Meter — die Bochumer Vorhomer und Bent — den Höhepunkt des Festes bildete das 1000-Meter-Laufen, in dem Pogat (Dobson) vor Kaufmann (Hannover) in 2:32,8 durchs Ziel geht — im 110-Meter-Hürdenlaufen siegte der Italiener Balle (Zweiter von rechts) in 15,2 Sekunden vor Welfer, Langwald und Gacelli.



Sommers Anfang

Warmer oder Regensommer? — Was wir vom Hochsommer zu erwarten haben.

Nach einem zwar langen, aber keineswegs immer erfreulichen Frühling beginnt am 21. Juni um 10 Uhr abends mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Krebses der kalte Sommer. Oft genug erleben wir es, daß zur Zeit der Sommermonate, wenn der eigentliche Sommer erst beginnt soll, schon Hitzeperioden von wochenlanger Dauer hinter uns liegen. Man braucht sich nur an den heißen Juni des Jahres 1930 zu erinnern, dem ein völlig verregener Hochsommer folgte, um daraus zu ersehen, daß frühzeitliche Hitze alles andere als ein günstiges Vorzeichen für die eigentlichen Sommermonate bedeutet. Ebenfalls aber besagt auch in unseren Breiten ein einzelnes Frühjahrsereignis für den Witterungscharakter im Hochsommer, was sich erst im vergangenen Jahre wieder erwiesen hatte, in dem der März noch durchaus winterlich gewesen war, der April und die erste Maihälfte gleichfalls fast durchweg recht ungünstig verlaufen waren. Trotzdem hatten wir 1932 in fast allen Teilen Mitteleuropas den wärmsten Sommer seit Jahren und insbesondere einen der heißesten bisher beobachteten Augustmonate.

In diesem Jahr legte sich der Frühling schon unmittelbar nach dem Märzbeginn durch; nach zwei Jahren mit winterlichen Märzmonaten gab es wieder einmal einen ersten Frühlingsmonat, der seinen Namen Ehre machte. Dieser sehr warme März erreichte zwar nicht die ungewöhnlich hohe Durchschnittstemperatur, wie sie der erste Frühlingsmonat im Jahre 1927 gebracht hatte; aber der Monat war immerhin um 2 bis 3 Grad zu warm, und in Westfalen wurde das langjährige Mittel sogar um 3½ Grad überschritten. Noch höher lag das Monatsmittel auf manchen Gipfeln; der Brocken erreichte einen Wärmeüberschuß von 4,3 Grad. Selbst in Ostpreußen trat zu Beginn des zweiten Monatsdrittel schon wärmeres Wetter ein, und am 14. März entluden sich in Nordwestdeutschland bereits die ersten Gewitter. Nur kurz vor der Tag- und Nachtgleiche kam es noch einmal zu verbreiteten Schneeschauern mit Nachfrösten, worauf sich alsbald wieder eine Wendung zum Besseren einstellte, in deren Verlauf während der letzten Monatsstadien innerhalb weiser Teile des Landes schon 20 Grad überschritten wurden. An der Mosel wurden am 29. März 22½ Grad Wärme erreicht. Strenge Fröste kamen nur noch im östlichen Deutschland und zwar an den beiden ersten Monatsstadien vor; Eistage hatte in größerer Zahl lediglich Ostpreußen. Dem durchaus frühlinghaften Charakter des Monats entsprach sein reichlicher Sonnenschein, namentlich im Westen und Süden. Nachen hatte 60, die Zugspitze sogar 64 Prozent der astronomisch möglichen Dauer des Sonnenscheins. Infolgedessen war der März mit Ausnahme des Nordwestens überall arm an Niederschlägen; am trockensten war es in Ostdeutschland, und in Oberschlesien wurden stellenweise nur 2 mm Niederschläge gemessen. Schnee kam in weiten Teilen des Landes überhaupt nicht mehr zur Beobachtung.

Der April zeigte im Gegensatz dazu gerade die umgekehrten Verhältnisse, indem die Monatsmengen des Niederschlags im Osten größer waren als in den westlichen Gebieteilen. Besonders die Küstenprovinzen der Ostsee hatten reichliche Niederschläge; das gleiche gilt für Teile von Sachsen und Niederschlesien sowie für den nördlichen Alpenrand, wogegen in West- und Süddeutschland stellenweise nur 20 bis 30 Prozent der normalen Monatsmenge registriert wurden. Im großen und ganzen war aber auch der April zu trocken, wobei sowohl die Temperaturen wie die Bevölkerung fast nirgends merklich von den normalen Werten abwichen. Ein wenig zu warm war es lediglich zu beiden Seiten des Rheins und an der Nordseeküste; Mittel- und Ostdeutschland waren um etwa 1 bis 2 Grad zu kühl. Demgemäß gingen auch die Höchsttemperaturen nur wenig über die im März erreichten Werte hinaus; die wärmsten Tage waren der 11. und 12. April, an denen in Trier, Neuwied und Stuttgart 24 Grad C. beobachtet wurden. Am kaltesten war es zwischen dem 13. und dem 24. des Monats. Ein am 13. einsetzender Rückschlag führte überall zu mehr oder weniger starken Frösten; in Frankfurt a. O. wurden am 19. 6½ Grad Kälte erreicht.

Am unerfreulichsten gebärdete sich der letzte der drei Frühlingsmonate. Nach der langen Reihe zu trockenen Monaten, die bereits mit dem November vorigen Jahres begonnen und lediglich in dem regenreichen Februar eine Unterbrechung erfahren hatte, schien der Mai namentlich im südlichen Mitteleuropa alles nachholen zu wollen, was uns Spätherbst, Winter, Frühlingssommer an Feuchtigkeit schuldig geblieben waren. Die genauen Ziffern liegen zurzeit noch nicht vor; aber in Bayern ist der diesjährige Mai der nasseste Monat seit 86 Jahren gewesen, und nicht besser erging es den gesamten Alpenländern. So wurden beispielsweise in Zürich 206 mm Regen gemessen, was seit 1872 im dritten Frühlingsmonat nicht mehr der Fall war. In den Zentral- und Ostalpen gingen, während es in der Ebene regnete, enorme Schneemengen nieder, größere als zu irgendeiner Zeit des vergangenen Winters. Bei vorwiegend

bedecktem Himmel und Winden aus nördlichen Richtungen lagen die Temperaturen besonders im südlichen Mitteleuropa erheblich unter den normalen Werten, so daß der Monat vor allem in den Alpenländern ein ansehnliches Wärmemanko aufwies. Warm war es lediglich gegen Ende der ersten Monatswoche, in Berlin wurden am 6. Mai 27,3 Grad C. erreicht, und auch die Niederschlagsmenge blieb im mittleren Norddeutschland vielfach unterhalb der normalen Werte, während die mittlere Monatstemperatur hier ungefähr normal war.

Der bisher verstrichene Teil des Monats Juni brachte nach der im wesentlichen sonnigen und warmen ersten Dekade am 10. den für das mittlere Juniendrittel typischen Rückschlag in kühle und regnerische Witterung, die zwar während der letzten Tage Anzeichen einer Besserung erkennen ließ, aber mit ihrer Unbeständigkeit noch weit von einer Wendung zum Hochsommer entfernt ist. Es läßt sich auch noch nicht erkennen, wann auf einen solchen Umschwung zu rechnen ist, und obwohl der Witterungsverlauf im Juni kaum irgendwelche Anhaltspunkte für das Wetter der Hochsommermonate bietet, so wird man an Hand des Frühlingsverlaufs und auf Grund früherer Erfahrungen doch gut daran tun, die Erwartungen für die bevorstehende Reihe- und Ferienzeit nicht zu hoch zu schrauben. Wohl freilich, ähnlich wie die verregenen, auch die warmen Sommer gelegentlich paarweise auf; aber bei den warmen Sommern geschieht das viel seltener als bei den Regenommern, und Analogien dafür hat es, was die warmen Sommer anbelangt, seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts nur wenige gegeben. Be-

Sängerfahrt nach Tannenberg.

Am kommenden Sonntag.

Die gesamte im Deutschen Sängerbund zusammengeschlossene Sängerschaft Ostpreußens und Danzigs tritt am kommenden Sonntag anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Sängerbundes Ostpreußen, dem auch der Sängerbund der Freien Stadt Danzig angehört, an, um dort eine Heldengedenkfahrt zu veranstalten. In mehreren Sonderzügen werden sich die Gesangsvereine von Weichsel bis Memel, etwa 5000 an der Zahl, nach Tannenberg in Ostpreußen begeben, um sich dort am Sonntag, den 25., mittags, zu einer mächtigen Kundgebung zusammenzuschließen.

Die Danziger Sänger fahren in Stärke von etwa 500 Mann, z. T. mit Autos und Autobussen, direkt nach Tannenberg, z. T. mit dem Frühzug 3.30 Uhr am Sonntag nach Marienburg, um dort den Sonderzug zu besteigen, der auch die Sänger aus Marienwerder, Elbing, Marienburg, und Elbing aufnimmt. Dort findet um 12 Uhr die Einweihung einer Gedenktafel unter Ansprachen und Gesangsvortrügen statt. Nach einer Mittagspause finden Konzerte im Stadion und auf dem Markt in Tannenberg sowie in einzelnen Gärten statt. Autobusse vermitteln die Beförderung der benachbarten Heidenröße und des ehemaligen Schlachtfeldes. Gegen 7.00 Uhr fahren die ersten Sonderzüge wieder von Tannenberg. Das Interesse unter den Sängern und unter den Bewohnern Ost- und Westpreußens für diese Veranstaltung ist ein recht großes. Man rechnet auf 10.000 bis 15.000 Besucher, besonders aus den benachbarten Städten Allenstein, Osterode, St. Egidien, Kiesenburg, Rosenberg, Neidenburg ufm. Einige Gesangsvereine Danzigs nutzen die Fahrt zum Besuch der Dreiländerrede und des Reichspräsidenten aus, der sich in diesen Tagen auf seinem Gute Neubad aufhält.

Das Collegium musicum im Divaner Schloß

Das Collegium musicum an der Technischen Hochschule Danzig veranstaltete gestern vormittag im Musiksaal des Landesmuseums Ostpreußen eine stimmungsvolle Morgenfeier mit geistlichen und weltlichen Chorliedern und Instrumentalstücken aus dem 16. und 17. Jahrhundert. Man hörte in silboller, rhythmisch lebendiger und klanglich sorgsam abgestimmter Wiederholung u. a. Madrigale von Gesler, geistliche Chöre von Schein und Rosenmüller, Carmina von Hind, einen deutschen Tanz von Melchior Grand, je eine Entrade, Pavane und Allemande, zwei Gallarden und als wirkungsvollen Abschluß Johann Walters „Wach auf, du deutsches Land“!

In bedeutungsvollen Worten legte der künstlerische Leiter der Veranstaltung, Hochschulprofessor Dr. Gottlob Frotscher, dar, daß auch die Aufführungen des Collegium musicum, welches sich dem Kampfbunde für deutsche Kultur angeschlossen hat, dem Geiste der kulturellen Erneuerung Rechnung tragen. Dr. Smid-

Der vorher erwähnte Wagen wartete auf der Zufahrtsstraße zum Flugplatz. Bei ihm fand sich der Herr, der in der Frühe Riesel bestellt hatte. Die Polizei hatte ihm das Mitkommen nicht erlaubt.

Die Aufregung, in der an dem Abenteuer Beteiligten sich befanden, hatte bisher verhindert, der Gefangenen die Ursache ihres Freiwerdens zu schildern. Gertrud erzählte hier und nahm sich vor, Riesel noch an demselben Tage aufzusuchen. Sie kam aber nicht dazu, denn die Polizei nahm sie so lange in Schutzhaft, bis sie herausbekommen hatte, daß Schmidt's Gefolge kaum mehr in Hamburg war und Gell sich nach Südamerika eingeschifft hatte. Hinter dem ersten sahnete man her, ohne weitere Anhaltspunkte zu besitzen, als die Gertrud, Riesel und deren Großvater zu machen imstande waren. Der in der Parade Heberumpelte hielt den Mund und verriet seine Speisegastin nicht. Hinter Gell schickte man keinen Haftbefehl her, denn die Gewissheit seines Unbeteiligtheits bestand. Es war festgestellt worden, daß der gemeinsame Kumpen des Festgenommenen — des Gütermaklers Zimmermann — den Erlauben in seinem Hotel bewachte, jedoch flüchtete, ehe man seiner habhaft werden konnte. Er mußte Verdacht schöpfen haben. Umsonst hätte er sein Opfer nicht verlassen. Den Kapitän des Dampfers, auf dem sich Gell befand, bat man durch Radiomacht, Gell nach dem Namen des zweiten Verbrechers zu fragen, bekam aber zur Antwort, daß der betreffende Fahrgast — also der Erlaubenbauer — in Cherbourg das Schiff verlassen habe und nicht wiedergekommen sei.

Gertrud wurde es erlaubt, die Tage, in denen sie unter der Wachsamkeit der Polizei stand, in einer abgelegenen Pension zuzubringen. Am ersten Morgen, an dem es ihr gestattet war, auszugehen, eilte sie in das Armenviertel Hamburgs, dorthin, wo die Bedürftigen und Heimalosen wohnen. Kramer's Adresse hatte sie von der Behörde, die beständig für sie selber ge-

sonders die ganz warmen und trockenen Sommer waren „Ein-
spanner“, wie wir 1911 und 1921 erlebt haben, und so ist auf Grund dieser Erfahrung die Vermutung, daß auch der warme Sommer 1932 eine Einzelercheinung bleiben wird, nicht von der Hand zu weisen. Deshalb braucht der jetzt beginnende Sommer 1933 noch nicht kalt zu werden; aber ein wichtigeres Anzeichen für den mutmaßlichen Charakter des Hochsommers bilden die Niederschlagsverhältnisse der vorangegangenen Zeit. Wie schon erwähnt, waren mit Ausnahme des Februar sämtliche Monate von November bis April zu trocken, woraus sich auch der teilweise sehr niedrige Wasserstand und der vielfach auffallend niedrige Grundwasserstand erklärt. Auf Perioden anhaltender Trockenheit pflegen aber, worauf Hellmann auf Grund eingehender Untersuchungen hingewiesen hat, andere mit reichlichen Niederschlägen zu folgen, und nachdem im Mai im weitaus größten Teil Mitteleuropas die Niederschläge bereits sehr bedeutend waren, spricht vieles dafür, daß es auch während der nächsten Monate ziemlich viel Regen geben wird, was gleichbedeutend mit einem kühlen Sommer wäre. Auch in aus-
gesprochenen Regenommern pflegen freilich kürzere Perioden großer Hitze nur selten zu fehlen; sie bleiben jedoch die Ausnahme innerhalb vorwiegend trüber und niederschlagsreicher Wochen.

Wägt man somit die für einen warmen und einen Regenommer gegebenen Vorzeichen gegeneinander ab, so muß man sagen, daß die größere Wahrscheinlichkeit diesmal für einen nur mäßig warmen bis kühlen, ziemlich regenreichen Hochsommer spricht. Nachdem wir nun seit einem vollen Jahr, viermal hintereinander, den Charakter der kommenden Jahreszeit jedesmal in allen Einzelheiten zutreffend vorausgesagt und zuletzt, vor drei Monaten, auch das vergangene Frühjahr in seinem Gesamtbild vollkommen richtig prognostiziert haben, wird es sich zeigen, ob der Verlauf des Sommers 1933 die Reihe unserer zutreffenden Fernprognosen um eine weitere verlängert.

Der Siedlungsbau schreitet fort

Neue Siedlerstellen auf Gigantenberg.

Auf Gigantenberg hat der Senat im verfloffenen Jahr etwa 75–80 Doppelwohnhäuser errichten lassen, die bei billiger Bauweise unter staatlicher Förderung und wegen ihres ländlichen Charakters mit Stallungen und Gartenland schnell Interessenten fanden, deren wachsende Zahl den Senat ermuntert, das Projekt der Höhenriedlung fortzuführen. In Bebauung genommen wird jetzt das Gebiet, das zwischen Gigantenberg—Dreilinden und Düvelkau liegt. Diese Fläche ist geschnitten gegen die Höhenwinde, erfordert aber noch mancherlei Erdbehebungen zum Bodenausgleich. Auf dem ausgedehnten Gebiet zählt man schon 15 Baustellen und erkennt die Anfänge verschiedener Straßenzüge. — In Bürgerweihen treten innerhalb der Siedlung „Dahleim“ zu den vorhandenen acht Wohlfahrtshäusern jetzt weitere sieben Neubauten.

* Zum Bezirksvorsteher für den 55. Stadtbezirk ist an Stelle von Karl Sicht, Kaufmann Paul Müller, Ostba, Rosengasse 441, und als dessen Stellvertreter Kaufmann Friedrich Wernemann, Ostba, Klosterstraße 9, bestellt worden, letzterer gleichzeitig zum stellv. Wohlf.-Komm.-Vorsteher der 41. Wohlfahrts-Kommision.

* Der Vorplatz der St. Annakirche in Rauental erhält zurzeit gärtnerischen Schmuck, dem allerdings erst die Aufbesserung des sonstigen Dümmens voranging. Der ganze Vorplatz wird außerdem sauber eingegärnt.

* Uhren an den Dampferabfahrtsstellen. Den vielen Wünschen aus den Kreisen der Dampferfahrergäste entsprechend erhalten die Abfahrtsstellen der Dampfer der Weichselgesellschaft an der Langenbrücke Normaluhren.

* Eine neue Verbindungsstraße ist von der Hubertusbergerallee nach dem oberen Teil von Hochstrief im Van. Sie durchschneidet das oberhalb der „Kurve“ gelegene Siedlungsgelände und hat eine Anzahl kleinerer Seitenstraßen, die auf den neuen Höhenweg münden.

* Neue Straßennamen. Der Senat hat mit Zustimmung des Polizeipräsidenten beschlossen, den neu angelegten Straßen auf dem Siedlungsgelände an der Hubertusburger Allee, folgende Namen zu geben: Hegelweg, Kramersweg, Stradomweg, Bloedweg, Obbergeweg, Ranischweg und Schlüterweg. Die Namen sind hergeleitet von berühmten Danziger oder in Danzig gebürtigen Baumeistern früherer Jahrhunderte.

* Die Baupolizei Zoppot macht darauf aufmerksam, daß die Anbringung oder Veränderung von Firmen- und Werbeschildern, Schaufenstern und Nelempelakaten, sowie die Erneuerung von Anstrichen der Gebäude und Zäune ufm. auf Grund der Bestimmungen der Bauordnung und des Ortsstatuts gegen die Verunstaltung von Zoppot, der Genehmigung der Zoppoter Baupolizei bedürfen. Verstöße gegen die Bestimmungen sind strafbar.

fort hat, erfahren. Sie mußte lange nachforschen, bis sie zu dem ihr angegebenen Hause gelangte.

Grau und schmutzig richtete es sich zwischen anderen Mietskafnern empor. Vor die Fenster seiner Stockwerke waren Schutze, an denen Wäpeltische hingen, gespannt. Weit umher wogte lärmendes Rindergeschrei, wie es tagsüber in den Gegendern der wenig vom Glück Begünstigten zu herrschen pflegt. Straßenhändler schrien billige Ware aus, arbeitslose Männer standen umher und unterhielten sich.

Im Hinterhause hatte man Gertrud gesagt. So fährt sie durch schmierige, düstere Gänge, gelangte auf einen Hof, auf dem Gerümpel umher lag, erkannte, daß wenige Meter von dem Vordergebäude entfernt ein neuer, ediger Kasten emporwucherte und dachte, daß es nicht möglich sei, in Wohnungen ohne Licht und Luft zu leben. Und doch mußte es sein.

Zu ebener Erde, hatte es weiter gesehen. Aber das war nicht der Fall, denn Gertrud mußte einige Stufen hinaufschreiten, um zu der Unterkunftsstelle des ehemaligen Malers zu gelangen. Als sie kloppte — zaghaft und erfüllt mit unheimlichem Bedauern für die Menschen, die in dieser Enge darben —, wurde die Tür vorsichtig geöffnet. Der greise Mann schaute heraus, schien erfreut, als er den Gast sah, und legte zum Zeichen des Stillschens den Finger an den Mund. Dann ließ er die Erlaubenbauerin hinein.

Riesel war in jener Frühe, die sie zum Schuppen führte, mit dem ihr beim Nachsuchen helfenden Herrn zur Polizeiwache des Flughafens gelaufen, um Kunde von der Entführung einer jungen Dame zu geben. Während der dienftuende Wachmeister Kriminalbeamte aus dem Präsidium bestellte, hatte sie sich auf den Weg nach Hause gemacht. Sie wollte ihren Großvater nicht länger in Ungewißheit über ihren Verbleib lassen. Wie Erlösung dachte es dem Alten, als sie kam.

Bis zum Hellwerden war er durch die Straßen und Gassen St. Paulis gelaufen, hatte nachgesehen und mehr

* Mit der Reparatur der Schweinebrücke ist jetzt begonnen worden. Für Fußgänger und Radfahrer ist ein Uebergang über die Brücke offen gelassen, für Fußwege und leichte Autos sowie Motorabfahrer ist jetzt der Weg über den Zuderfabrikhof freigegeben. Dagegen für schwere Lastautos muß der Weg über Trampenau, Tralau nach Marienburg benutzt werden. Der Bau wird ungefähr zwei Monate dauern.

Zentrum und Oesterreich.

Weitere Feststellungen über Dr. Wirth und Dr. Wolz.

Zu dem parteiamtlichen Dementi der Zentrums-
partei gegenüber unrichtigen Behauptungen über
das Verhältnis zu Oesterreich wird noch ergänzend
von Zentrumsseite aus Berlin mitgeteilt:

Dr. Wirth befindet sich zurzeit nicht, und zwar
schon seit längerem, in Oesterreich.

Dr. Wolz ist, wie gemeldet, nicht in Oesterreich ge-
wesen, er befand sich z. B. am 16. Juni in Berlin.

Beide Persönlichkeiten des Zentrums werden übrigens,
wie von maßgebender Stelle mitgeteilt worden ist, selbst zu
den gegen sie erhobenen Vorwürfen und Behauptungen Stellung
nehmen.

Im württembergischen Zentrumsorgan, dem „Deutschen
Volksblatt“ (Nr. 136), heißt es:

„Gegenüber diesen Angriffen verweisen wir nochmals
auf die Erklärung, die Dr. Wolz seinerzeit nach seiner
Rückkehr aus Salzburg abgegeben hat. Er fuhr als Beauf-
tragter des deutschen Zentrums zum Salzburger Parteitag
der Christlichsozialen, ehe sich die Beziehungen zwischen den
beiden benachbarten Ländern so scharf zugespitzt hatten. Dr.
Wolz wies in seiner Erklärung darauf hin, daß er sich in
keiner Weise gegen deutsche Interessen verkehrt habe, daß
sein Besuch vielmehr der gesamten deutschen Sache
genützt habe. Es ist eine durch nichts gerechtfertigte Be-
hauptung, die Ausführungen von Dr. Wolz hätten die Re-
gierung Döllfuß gewissermaßen zu ihrem Vorgehen gegen die
Nationalsozialisten ermuntert. Wir glauben zu wissen, daß
aus einem anderen süddeutschen Land mit Einverständnis
nis der betr. Regierung führende katholische Männer
noch nach dem Salzburger Parteitag in Oesterreich waren,
um Aufklärung über die deutschen Verhältnisse zu schaffen.“

„Parteiliche Gleichschaltung“.

Rube kündigt dem Zentrum das Schicksal der Popolari an.

Berlin. Das Thema „parteiliche Gleichschaltung“ be-
handelt der Fraktionsführer der Nationalsozialistischen Preuß.
Landtagsfraktion, Oberpräsident Rube, in einem Artikel im
Preussischen Presseblatt seiner Partei. Er spricht zunächst von
den Deutschnationalen. Das deutschnationale Material,
so sagt er im Hinblick auf die verschiedenen Austritte aus der
Deutschnationalen Partei, sei gewissermaßen ins Russische ge-
kommen, was die Reste dieser Partei, besonders im Osten, um-
so nöthiger mache. Rube verweist hier vor allem auf den oß-
elischen Großgrundbesitz, soweit er reaktionär sei
und steht die letzten Möglichkeiten, die durch Jahrhunderte ge-
übte Verarmung des Bauern und der gewöhnlichen Rückfah-
losigkeit fortzuführen, schwinden sehr. Aufgezählt werden einige
Orte, in denen sich Vorfälle abgespielt hätten, die für die Natio-
nalsozialisten geradezu unerträglich seien. Dazu komme,
daß in der Verwaltung des Ostens auch heute noch Männer
lügen, die reaktionär bis in die Knochen seien. Die sich daraus
ergebenden Reibungen müßten ausgerollt werden. Wenn
man Ruhe und Frieden in Deutschland wünsche, brauche man
dazu Ordnung, aber es gebe nur eine nationalsozialisti-
sche Ordnung.

De schneller die Reste des alten Parteilebens aus Deutsch-
land verschwinden, so führt Rube in seinem Artikel fort, um so
besser sei es für unser deutsches Vaterland. Es sei ein unum-
gänglicher Zustand, daß es neben Hitlers Willen irgendwelchen
Condemnieren parteipolitische Art gebe. Mit der Zerrissenheit
der letzten vierzehn Jahre müsse bis zur letzten Konsequenz
Schluß gemacht werden. Diese Konsequenz muß nach der Auf-
fassung des nationalsozialistischen Oberpräsidenten auch das
Zentrum ziehen. Er schreibt: „Auch das Zentrum müsse
einsehen, daß es auf die Dauer als Partei nicht weiterbestehen
könne. Das Schicksal, das der große Staatsmann Mussolini
dem Popolari bereitet habe, werde das Hitler-Deutschland
dem Zentrum auch bereiten. Informat als Brüning habe
in den letzten Jahren kein Mensch die NSDAP. beschimpft. In
der parlamentarischen Demokratie habe das Zentrum das be-
rechtigte Zünglein an der Waage bilden können. „Es ist unser
fester Wille, daß dieser Verschiebepunkt der Politik endgültig
abgerissen bleibt. Deutschland darf sich nie wieder Zentrums-
Entscheidungen unterwerfen.“

als einmal den Namen seiner Enkelin in das abschwel-
lende Treiben gerufen. Selbst die Männer, jene drei
Leute aus der Wirtschaft, konnte er nicht entdecken.
Sie waren in der Kneipe an ihm vorbeigekippt und
spurlos verschwunden. Wie die Fremde und wie Rie-
sel, von der er dachte, daß sie in der Nähe abgeholt
sollte. Zuletzt hoffte er, daß das Kind schon nach Hause
gelaufen sei und freute der Wohnung zu. Als sie
auch dort nicht war und in langer Zeit nicht kam,
überfiel ihn Traurigkeit.

Wie groß war deshalb seine Freude, als endlich
die Erwartete zurückkehrte und Aufklärung über ihr
Verbleiben gab. Schon am Nachmittag stand der Name
der Kleinen in allen Zeitungen, in großen Leitern,
wie der Herr es versprochen hatte, und aus der Nach-
barschaft kamen Leute herbei, Glück zu wünschen und
neugierige Fragen zu stellen. Am zweiten Tage ver-
erbte das Interesse bereits, und am dritten beküm-
merte sich niemand mehr um den seltsamen Fall. Das
Gefahr der Großstadt und ihre Schnelligkeit hatten
andere Dinge in den Vordergrund gerückt. Groß-
vater und Enkelin mußten noch einmal vor der Kri-
minalpolizei erscheinen, dann schien alles verfallen zu
sein. Nicht einmal die Dame, der man beigegeben
hatte, ließ sich sehen. Das betäubte Riesel am meisten,
und war wohl der Grund dazu, daß sie eine in jener
Nacht erhaltene Erklärung nicht ohne Schmierigkeit
überwand. Sie fieberte und mußte zu Bett. Die
Stirn voller Blut und das Herz angefüllt mit Trau-
rigkeit. Sie verlangte für ihre Hilfe keinen Lohn
und hatte selbst auf versprochenen Dank Verzicht ge-
leistet, wenn sie nur die Fremde noch einmal gesehen
und gesprochen hätte. Unten, in dem Keller, beim
Erzählen, war ihre Jugend der anderen zugeblüht.
Jetzt hoffte sie von Tag zu Tag, aber die Dame, die
Schönheit aus einer glücklicheren Heimat, kam nicht
zu ihr.

(Fortsetzung folgt).

Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich
Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!)

(38)

„Es — he, mein Freundchen“, rief er dem Gefes-
ten zu. „Bitte, dich nicht so milb zu gebärden — und
wie ein Verdrückter herumzutun. Es hat keinen
Wert. Ich bin übrigens erkannt, wie du Komödie
spielen kannst. Wie vortrefflich ist es dir gelungen,
kein Aussehen zu ändern. Aber — weißt du — da
oben — auf der Stiege — über der Bräute des rechten
Auges — die kleine Narbe, die bekam der beste Arzt
nicht weg. Wenn ich nicht irre, habe ich dir dieses
Zeichen selber vererbt. Einmal, als ich dich erwischt,
und du uns trotzdem zu hintergehen versuchtest, das
Messer, das ich dir aus der Hand schlug, ließ ich
nur einen kleinen Rappen weg. Wenn es besser ge-
troffen hätte, wäre manches Verbrechen ungeschwän-
geblieben. Aber jetzt — los. Der Gefängniswagen
wartet schon. Darf ich bitten, Herr Schmidt?“

„Und ich?“, frag Gertrud besorgt.
„Ach, Verzeihung. Was machen wir mit Ihnen?“
„Ich kann mich kaum bewegen. Noch vorher hatte
ich das Gefühl, daß es mit bekümmerten Mitteln zu-
sammenhing. Jetzt merke ich, daß mir die Füße zu-
sammengedrückt worden sind.“

Sie schloß das sie bedeckende Tuch zurück.
„Wirklich. Die Entführer waren vorfichtig!“, sagte
einer der Beamten, die Knoten lösend.

„Vorfichtig und dumm, sonst hätten sie andere
Fesslungen angewandt.“

„War nicht notwendig. Die Tür war zu, das Fen-
ster mit Drahtgeflecht versehen und — Menschen —
die kommen an dieser Entlegenheit nicht vorüber.“

Stellungnahme der NSDAP zur gestrigen Erklärung der Deutschnationalen

Von der NSDAP wird uns geschrieben:
Die von der Senatspressestelle verbreitete Verlautbarung der Deutschnationalen Volkspartei über das Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit der NSDAP enthält eine Reihe von Unrichtigkeiten.

1. Es trifft nicht zu, daß die NSDAP von vornherein die Verhandlungen durch besondere Bedingungen zum Scheitern bringen wollte. Vielmehr ist, bevor Dr. Kaufmang die unmittebare Aussprache in die Wege leitete, von ihm versucht worden, über besondere autorisierte Persönlichkeiten vertraulich darauf hinzuwirken, daß die Verhandlungen wesentlich gefördert werden könnten, wenn von deutschnationaler Seite dem Ausgang der Wahl und der unglücklichen Führung des Wahlkampfes freiwillig, bevor die NSDAP etwa Parteiziele setzen müßte, dadurch Rechnung getragen würde, daß in der Gesamtleitung der Partei wesentliche Veränderungen eintreten, die es erlauben, zu einer in sich verjüngten Partei neues Vertrauen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang spielte auch die Zukunft des Herrn Senatsors Hing eine Rolle, wobei auf das nachdrücklichste darauf hingewiesen wurde, daß der neue Senat es nicht wünsche, sich mit vergangenen Konflikten zu beschäftigen, sondern seine gesamte Kraft auf die großen Aufbauarbeiten beschränken möchte. Es wurde auch vermerkt, daß als Verhandlungsführer gewisse Persönlichkeiten nicht erwünscht wären. Die eigentlichen Verhandlungen waren demnach gerade im Sinne, Schwierigkeiten von vornherein aus dem Wege zu räumen und empfindliche Seiten nicht zu berühren, durch vertrauliche Hinweise vorbereitet worden. Sie waren fast unmittelbar nach den Ausführungen vor der Reichspresse gegeben worden.

2. Obwohl auch durch Herrn Abgeordneten Berling, mit dem dann als erstem Verbindungsmann die mündliche Aussprache begonnen wurde, an die Parteiführung der Wunsch übermittelt wurde, nicht Herrn Abgeordneten Wesse zu Verhandlungen zu delegieren, erfolgte dann die offizielle Benennung desselben in dem ersten Schreiben von Herrn Dr. Ziehm. Die mit der Regierungsbildung beauftragten Abgeordneten der NSDAP mußten dies als einen Akt der Front aufrufen und sahen sich deshalb gezwungen, anstatt unmittelbar in Verhandlungen zu treten, nimmere vor Aufnahme derselben die Situation klarzustellen.

3. Herr Abgeordneter Berling ist nicht von dem die Verhandlungen führenden Abgeordneten der NSDAP, um Uebertreitt bewogen worden. Sein Uebertreitt aus der Deutschnationalen Volkspartei erfolgte spontan aus der Erkenntnis der verhängnisvollen Führung der Deutschnationalen Volkspartei. Er ist auch nicht zur NSDAP übergetreten, sondern hospitiert bei ihr zunächst als Parteilofer.

4. Der sich neu bildende Senat wird Herrn Abgeordneten Berling als Vertrauensmann und Verbindungsglied der durch das kurzzeitige Verhalten ihrer Führung aus der großen nationalen Front ausgeschlossenen aufbauwilligen und zur Mitarbeit bereiteten Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei zum Senator ohne Geschäftsbereich wählen. Es wird damit die Zusage, ein solches Verbindungsglied zur Deutschnationalen Volkspartei bei einem Zusammenschluß der nationalen Front zu gewähren, aufrechterhalten. Die Verhandlungsführer der NSDAP hatten es der Deutschnationalen Volkspartei offenbarten wollen, ihrerseits Persönlichkeiten zu benennen. Es sind mehrere Namen genannt worden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen wollten die Verhandlungsführer der NSDAP, ihrerseits durch die Zuwahl von Herrn Tischlermeister Berling zum Ausdruck bringen, daß sie zu unterscheiden wissen zwischen den wertvollen nationalen Kräften, die hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen, und zwischen ihrer Führung, die seit nahezu Jahresfrist Fehler gemacht und Danzig durch eine unkluge Parteipolitik nahezu an den Rand des Abgrundes gebracht hat.

Der Besuch des englischen Zerstörers „Kempfenfel“

Wie der Regierung der Freien Stadt Danzig amtlich mitgeteilt worden ist, wird der englische Zerstörer „Kempfenfel“ Danzig in der Zeit vom 21. bis 26. Juni d. J. einen Besuch abstatten. Auf Wunsch der englischen Regierung soll dieser Besuch einen möglichst informellen Charakter tragen. Das Schiff wird während seines Aufenthaltes im Danziger Hafen täglich (Sonntag ausgenommen) von 16.00 bis 18.30 Uhr zu besichtigen sein, am Sonnabend jedoch von 14.00 bis 18.30 Uhr. Während der Besichtigungsfahrt führt das Schiff eine diagonale gelbe und rote gestreifte Flagge. Das Schiff liegt an der Waggonfabrik.

Erste Künstler für die Zoppoter Waldoper engagiert

Max von Schillings, Karl Lutein und Karl Elmendorf dirigieren.

In den diesjährigen Festspielen der Zoppoter Waldoper wird am 27. und 30. Juli Beethovens „Fidelio“ und am 1. 3. und 6. August Wagners „Tannhäuser“ aufgeführt. Die Gesamtinszenierung hat Intendant Hermann Metz. Als Solisten ist es gelungen, durchweg erstklassige Kräfte zu gewinnen. Im einzelnen ist die Besetzung folgende:

Die Besetzung im „Fidelio“.

Dirigenten: Professor Dr. Max von Schillings, Stadt. Oper Berlin. Staatskapellmeister Karl Lutein, Staatsoper München.

Solisten: Don Fernando, Minister: Kammerjäger Herbert Janßen, Staatsoper Berlin. — Don Pizarro, Gouverneur eines Straßgefängnisses: Kammerjäger Ludwig Hofmann, Staatsoper Berlin, New York. — Florestan, ein Gefangener: Kammerjäger Josef Kalenberg, Staatsoper Wien. — Dornjäger Karl Hartmann, Stadt. Oper Berlin. — Leonore, seine Gemahlin, unter dem Namen Fidelio: Kammerjägerin Elisabeth Ohms, Staatsoper München. — Dornjägerin Rose Paulh-Dreesen, Staatsoper Berlin. — Rocco, Kerkermeister: Kammerjäger Carl Braun, Stadt. Oper Berlin. — Kammerjägerin Adolph Schöpplin, Staatsoper Karlsruhe. — Marzellina, seine Tochter: Dornjägerin Erna Berger, Staatsoper Dresden, Stadt. Oper Berlin. — Kammerjägerin Elise Blant, Staatsoper Karlsruhe. — Jaguino, Förster: Dornjäger Carl Höfer, Staatsoper Berlin. — 1. Gefangener: Dornjäger Fritz Kurt Wehner, Danzig, Stadttheater. — 2. Gefangener: Dornjäger Wilhelm Spering, Stadt. Oper Berlin.

Die Besetzung im „Tannhäuser“.

Dirigenten: Professor Dr. Max v. Schillings, Stadt. Oper Berlin, Generalmusikdirektor Karl Elmendorf, Koblenz, Wiesbaden.

Die neuen Männer Danzigs

Wir haben gestern bereits die Namen der Senatoren genannt, die heute nachmittag vom Volkstag gewählt werden. Wir möchten heute unseren Lesern die Personalien einiger der neuen Herren kurz mitteilen.

Dr. Kaufmang,

der zum Präsidenten des Senats gewählt wird, ist am 7. August 1887 als Sohn eines aktiven Offiziers und Gutsbesitzers in Thorn geboren. Er besuchte die Kadettenanstalt in Potsdam und Lichterfelde, studierte in München und Berlin Recht, Geschichte und Deutsch, promovierte 1911 in Berlin mit einer Arbeit über das Danziger Musikwesen. 1914 trat er als Kriegsfreiwilliger ein und wurde später Leutnant. Er ist im Kriege schwer verwundet worden. Nach dem Kriege war er in der Deutschnationalen Organisation im abgetretenen Gebiet tätig, das er aus politischen Gründen 1926 verließ. Auf Veranlassung des heutigen Auswärtigen Amtes schrieb er sein Buch: „Die Entdeutschung Westpreußens. Zehn Jahre polnische Politik.“ Nach seinem Weggang aus dem abgetretenen Gebiet erwarb er in Barmen bei Kallhoff im Freistaat ein Gut, das er bewirtschaftet. Seit 1932 ist er erster und geschäftsführender Vorsteher des Danziger Landbundes.

Arthur Greiser,

der künftige Innenminister und einstweilige Stellvertreter des Präsidenten des Senats, gibt im Volkstagshandbuch der eben abgeschlossenen Wahlperiode über sich an: „Am 23. Januar 1897 als Sohn eines mittleren Beamten in Schroda (Polen) geboren, besuchte in Hohenalza das Kgl. Humanistische Gymnasium bis zur Prima. Bei Kriegsausbruch Kriegsfreiwilliger bei der kaiserlichen Marine, später Flieger und nach Beförderung zum Offizier Führer einer Staffel. 1918 schwer verwundet. Teilnahme am Grenzschutz Ost.“ Seit 1930 gehört G. dem Volkstages an.

Hans Hohnfeldt,

der künftige Senator für Soziales, gibt im Volkstagshandbuch der Wahlperiode 1928/31 über sich an: „Am 22. Mai 1897 als Sohn des Kaufmanns Reinhold H. in Neufahrwasser geboren. Besuchte das Kgl. Gymnasium in Danzig bis zur Unterprima, Reifeprüfung als Externe am 25. Juni 1915 am Kgl. Gymnasium zu Neustadt (Westpr.). Vom 11. Juli 1915 als Kriegsfreiwilliger im Felde, E. R. 2. R., 20. November 1918 als Vizefeldwebel entlassen. Studierte von 1919 bis 1921 Rechtswissenschaft und Nationalökonomie in Berlin. Als November 1922 bei der Steuerverwaltung tätig. Als Dezember 1922 bis Juli 1923 1. Vorsteher der Deutsch-Sozialen Partei. Als März 1926 Gauleiter des Gaues „Danzig-Westpreußen“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“

Rückschau des Präsidenten des Senats

In der letzten Sitzung des Senats gab Präsident Dr. Ziehm folgende Erklärung ab:

Es erscheint mir nötig, am Schluß der letzten Sitzung kurz Rückschau zu halten und in knappen Worten daran zu erinnern, welche Aufgaben dieser Regierung oblagen und wie sie sich diese Aufgaben entledigt hat.

Die erste Aufgabe war

die Ordnung der zerrütteten Finanzen

in Staat und Gemeinden. Durch wichtige gesetzliche Maßnahmen und durch rücksichtslose Einschränkungen auf allen Gebieten der Verwaltung, durch starke Senkung der Ausgaben gelang es, einen Ausgleich im Haushalt herbeizuführen und Ordnung in die Finanzen zu bringen. Wir hinterlassen der neuen Regierung einen ausgeglichenen Etat und geordnete Finanzen.

Es ist gelungen, unsere

Währung

intakt zu halten. Dieses war bei dem Wanken der Währungen der größten Staaten der Welt für unseren kleinen Staat eine in der Welt anerkannte Leistung. Es war ebenso wichtig als Grundlage für das Vertrauen des In- und Auslandes in unser Finanzwesen wie als Grundlage für die Abwicklung des in- und ausländischen wirtschaftlichen Verkehrs.

ischen Arbeiterpartei.“ G. war Mitglied des 2. und 3. Volkstages. Gegenwärtig ist er stellvertretender Leiter des Landesarbeitsamtes.

Walbert Boef,

Danzigs künftiger Kultusminister ist am 5. Dezember 1889 als Sohn eines Landwirts in Wielkalanfa Kr. Briesen (ehem. Westpr.) geboren, besuchte die evangelische Präparandenanstalt in Thorn, bestand im März 1911 die erste Lehrprüfung. Am Weltkrieg nahm er an den Kämpfen im Osten und Westen teil, wurde zum Leutnant befördert und mit dem E. R. I. ausgezeichnet. 1918 trat er in den Danziger Schuldienst und wirkte gegenwärtig als Mittelschullehrer an der Reichstädtischen Knabenmittelschule zu Danzig.

Dr. Helmuth Rüd,

der künftige Leiter des Danziger Gesundheitsamtes, ist 1894 in Danzig geboren, besuchte das Kgl. Gymnasium zu Danzig, studierte an den Universitäten Würzburg und Breslau. Kriegsfreiwilliger und als Leutnant aus dem Kriege zurückgekehrt. 1920 zum Dr. med. promoviert, von 1920—1923 Assistenzarzt des Städtischen Krankenhauses zu Danzig, einige Zeit Schiffsarzt, 1925 Kreisarzt und Medizinalrat.

Wilhelm von Bunt,

der künftige Volkstagspräsident und Senator zur besonderen Verwendung gibt über sich an: „Am 1. Mai 1889 als Sohn des jetzigen Oberpostinspektors i. R. n. Bunt in Rantenburg (Westpr.) geboren. Seit 1894 mit den Eltern in Danzig. Besuchte in Danzig die Schule. Danach drei Jahre Lehre in einem Waren-Engros-Geschäft. Anschließend in Danzig und Berlin in verschiedenen Stellungen tätig. Genigte seiner Militärflicht beim Inf.-Reg. Nr. 175. Als Militärintendant (75 Prozent erwerbsfähig) entlassen. Seit August 1914 auf der Danziger Werft im Büro.“

Max Berling,

der von den Deutschnationalen zu der NSDAP. überberaumt ist und heute vermutlich Senator wird, von Beruf Tischlermeister, sagt von sich: „Am 8. März 1877 als Sohn des Klempnermeisters W. zu Berent (Westpr.) geboren. Besuchte die Volksschule, erlernte das Tischlerhandwerk und genigte seiner Militärflicht von 1896—1898. 1899 als Werkmeister und Plakverwalter nach Joppot gekommen. 1901 eigenes jetziges Unternehmen gegründet. Kriegsteilnehmer vom 1. 8. 1914 bis Ende des Krieges. Stadtkommandant in Joppot.“ B. ist Mitglied des 3. und 4. und jetzigen Volkstages, steht auf der deutschnationalen Liste gewählt.

Eine besondere Aufgabe war die

Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit

im Staate. Die Regierung hat die ihr dazu vom Volkstag gegebenen besonderen Vollmachten dazu benutzt, um mit der Schärfe des Gesetzes streng und unparteiisch gegen jede Störung durchzugreifen und alle Unruhen im Keime zu ersticken. Mögen die einschneidenden Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete des Versammlungsrechtes, den Unmut der davon Betroffenen erregt haben und der Regierung den Vorwurf der Unterdrückung zugehen haben: Wir sind uns bewußt, daß in der Zeit heftigster politischer Kämpfe und Leidenschaften von unserer Seite schwere Gefahren nur durch schärfstes Durchgreifen abgewendet werden konnten. Danzig muß immer daran denken: wenn es nicht selbst die Ordnung aufrechterhält, so gerät der Staat in Gefahr, seine Selbständigkeit zu verlieren.

Die Regierung hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, der darniederliegenden

Wirtschaft

auf allen Gebieten Hilfe zuteil werden zu lassen. Die wirtschaftliche Krise der ganzen Welt äußerte ihre Wirkungen selbstverständlich auch bei uns sehr fühlbar. Die Mittel unseres kleinen Staatswesens sind beschränkt. Eine gerechte Würdigung wird aber anerkennen müssen, daß die Regierung keine geeigneten Mittel unversucht gelassen hat, um der um ihre Existenz schmerzenden Wirtschaft, dem Handel, der Industrie, dem Handwerk und nicht zuletzt der unter besonders ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Landwirtschaft sich helfend zur Seite zu stellen.

Für Handel und Industrie, denen die Wareneinfuhr nach Polen durch vertragswidrige Maßnahmen der polnischen Regierung in großem Umfang versperrt wurde, hat die Regierung in ununterbrochenen, schweren Kämpfen sich bemüht, die in den Verträgen gewährleisteten wirtschaftlichen Rechte wiederherzustellen. Es wird die Aufgabe der neuen Regierung sein, den von der jetzigen Regierung erstrittenen Rechten Wirkung zu verschaffen.

Auch in der

Wahrung der politischen Rechte

hat die Regierung einen schweren und meist erfolgreichen Kampf gegen Polen zu führen gehabt. Der Angriff auf unsere politische Freiheit, auf unsere Selbstverwaltung, auf unsere Unabhängigkeit konnte abgewehrt werden. Der Anspruch Polens auf Sonderrechte für die polnischen Kriegssoldaten in unserem Hafen ist abgewiesen. Gegenüber der polnischen Forderung auf Gleichstellung der polnischen Minderheit und aller Personen polnischer Herkunft und polnischer Sprache in Danzig mit den Danziger Staatsangehörigen ist eine den Danziger Standpunkt voll billigende Feststellung erreicht worden, welche der Selbständigkeit unseres Staates und der Erhaltung unserer deutschen Charaktere ein neues wichtiges Fundament verleiht. Die Bedrohung durch die unerlaubte Landung polnischer Truppen auf der Westerplatte konnte mit vollem Erfolg abgewendet werden.

Die 2½ Jahre unserer Regierung haben einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Danziger Landes. Die Regierung führte ihre Geschäfte unter dem Leitfaden, der uns alle beherzigt, daß das Wohl des Volkes oberstes Gesetz ist. Die Regierung kann mit gutem Gewissen ihre Arbeit in dem Gefühle beenden, daß sie nach besten Kräften ihre Pflicht getan hat und daß es ihr gelungen ist, unseren Staat durch schwere ihn bedrohende Gefahren hindurchzuführen. Das mag uns allen Genugtuung sein.

Auch in Zukunft werden Kämpfe und Gefahren nicht ausbleiben. Möge Danzig sie siegreich bestehen und möge Gott mit uns sein.

Mit diesem Wunsch schließt ich die letzte Sitzung des jetzigen Senats.

Thorn und Bromberg die neuen Sige der poln. Eisenbahndirektion

Ueberversiedlung von Danzig erfolgt im August und September.

Die Bezirksdirektion der polnischen Staatsbahn in Danzig gibt in einem Rundschreiben die Termine für die Ueberversiedlung der Eisenbahndirektion von Danzig nach Polen bekannt.

Die Direktion wird nach Bromberg und Thorn verlegt. Nach Bromberg siedeln die Handels- und Tarifabteilung, die Rechtsabteilung, die Beschaffungsabteilung und die Sanitätsabteilung über, nach Thorn alle anderen Abteilungen einschließlich des Präsidiums.

Die Ueberversiedlung nach Bromberg soll im August, nach Thorn im September erfolgen.

Eine harte und doch milde Strafe

Frau Tuschel wegen Brandstiftung zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Wie wir gestern bereits berichteten, hatte sich die Ehefrau Emilie Tuschel vor den Geschworenen wegen vorsätzlicher Brandstiftung und versuchten Versicherungsbetruges zu verantworten. Die Angeklagte hatte in der Voruntersuchung ein volles Geständnis abgelegt, daß sie in der gestrigen Hauptverhandlung auch in vollem Umfange aufrechterhielt. Das Gericht konnte deshalb auch im wesentlichen die Vernehmung von Zeugen verzichten.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus, das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen vorsätzlicher Brandstiftung in Tateinheit mit versuchten Versicherungsbetruges zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre, der Antrag auf Aufhebung der Untersuchungshaft wurde wegen der Höhe der Strafe abgelehnt. Die Angeklagte brach unter dem Urteil fast zusammen. Das Urteil hat sich für sie in den letzten Monaten erschreckend gehäuft, zumal ihr Mann unter dem Eindruck des Brandes, den sie angelegt hatte, voller Verzweiflung Selbstmord beging.

Paul Ernst-Feier der Deutschnationalen Gesellschaft

In der Technischen Hochschule.

Anlaßlich des Todes von Paul Ernst veranstaltete die Deutschnationale Gesellschaft am Donnerstag, dem 22. Juni, um 20 Uhr im Hörsaal 101 der Technischen Hochschule eine Paul-Ernst-Feier. Nach einleitenden Worten von Professor Dr. Rindermann wurden Alfred Krüger vom Stadttheater und Fr. von Oppermann Dichtungen von Paul Ernst vorgetragen. Diese Veranstaltung ist frei und allgemein zugänglich.

* Mädchen vom Motorrad überfahren. Am Montagabend verfuhrte auf der Weidengasse ein Junge vor einem Motorradfahrer den Fahrradmann zu überfahren. Der Motorradfahrer, der ein Uebersahen des Jungen vermeiden wollte, bog links aus. Dabei lief ihm die 19jährige Ingrid J., die ebenfalls den Fahrradmann überfahren wollte, in das Rad. Das Mädchen und der Motorradfahrer stürzten zu Boden. Das Mädchen geriet dabei unter das Rad und blieb bewegungslos liegen. Es wurde in das Marienkrankenhaus gebracht, wo man neben Hautabschürfungen eine leichte Gehirnerschütterung feststellte. Den Motorradfahrer soll keine Schuld treffen, da er vor dem Zusammenstoß Supersignale abgegeben hat und außerdem langsam fuhr.

Die zur Ausarbeitung eines Gutachtens über Danzig-polnische Zollstreitfragen in Danzig weilenden Völkervermittlungsverständigen Neederbragt (Holland) und Säusermann (Schweiz) haben einen Besuch in Gdingen abgelehnt, wo sie den Hafen, das Kühlhaus und die Baumwolllager besichtigten.

Ulmähliche Wetterbesserung

Noch unbeständig.

Uebersicht: Der gestrigen über Polen gelegene Tiefdruckrinne hat sich etwas abgeschwächt. Es besteht wieder eine Tiefdruckrinne von der Nordsee bis Weichsel, die sich nur langsam auflösen wird. Heute nachm.: Vollig, zeitweise aufsteigend, aber noch unbeständig, mäßige Südwest- bis Westwinde. Mittwoch: Noch unbeständig. Maximum: 14,9; Minimum: 13,6 Grad Celsius.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Schrankenwärter Adolf Eichendorff, 35 Jahre. — Bauarbeiter Franz Bartch, 32 J. — Witwe Anna Schlichting geb. Kuffau, 88 J. — Johanna v. Carlowitz, ohne Beruf, 68 J. — Verkäuferin Leodadia Jakowitsch, 22 J. — Sohn des Arbeiters Johannes Wunsch, fast 6 J. — Arbeiter August Gerkmann, 39 J. — Rentier Hermann Silberstein, fast 84 J. — Sohn des Handlungsgehilfen Max Hofner, 1½ Jtd.

Wasserstandsnotizen am 20. Juni 1933

	18. 6. 19. 6.	20. 6. 19. 6.
Aratau . . .	2,41 — 2,51	Grudenz . . . + 0,78 + 1,12
18. 6. 19. 6.		Kurzbrad . . . + 0,84 + 1,12
Zawischost . . .	1,30 + 1,39	Montaurergrube . . . + 0,24 + 0,44
18. 6. 19. 6.		Biedel . . . — 0,10 + 0,36
Warshaw . . .	1,48 + 1,67	Dinshau . . . — 0,12 + 0,14
18. 6. 19. 6.		Einlage . . . + 2,12 + 2,10
Wlad . . .	0,97 + 0,99	Schiewenhorst . . . + 2,32 + 2,34
19. 6. 20. 6.		Mogat . . . 19. 6. 20. 6.
Thorn . . .	1,04 + 1,05	Schönau D. B. . . + 6,44 + 6,45
Gordon . . .	0,88 + 1,05	Galgenbg. D. B. . . + 4,60 + 4,64
Culm . . .	— + 1,00	Neuhorsterbusch . . . + 2,11 + 2,10

Seebädernachrichten

B a d	Temperaturen am 20. 6. 1933		Zahl der Badenden am 19. 6. 1933
	Wasser	Luft	
Heubude . . .	15	20	119
Bröhen . . .	17	20	64
Gietkau . . .	17	17	22
Zoppot . . .	16	16	90

Sandstrichleiter: Franz Steffen.

Verantwortlich: Für Kulturelles, Politik und Kunst: Sandstrichleiter Franz Steffen. Für Wirtschaft, Handel, Theater, Polen, Flakangelegenheiten, Vermittlung: Dr. Geo. Berte. Für Soziales, Freizeitanlagen u. Sport: i. B. Baumann. Für Anzeigen und Geschäftsliches: Bruno Albers. Sämtlich in Danzig.

Verantwortlich: Weltanschaulicher Verlag, Altesgasse 10, Danzig. (Verlag) Direktor G. Rillman in Danzig. Am Ende 2.

Benachteiligte Kindesentführung.

Ein missglückter Wiener Banditenstreich.

Wien, 16. Juni. Dem Inspektor Sommer im Bezirk Wien wurde heute von einem Manne mitgeteilt, daß sich in der Nähe der Bundeserziehungsanstalt Theresianum vier Leute herumtreiben, die nach Art der amerikanischen Kidnapper-Banden die Entführung eines in Theresianum untergebrachten Kindes beabsichtigen. Der Bezirksinspektor eilte zu dem angegebenen Platz, wo er die vier Leute antraf. Als er sie zur Ausweiskontrolle aufforderte, zog einer von ihnen, ein 28-jähriger Chauffeur, ein Dolchmesser und wollte auf den Beamten einstecken. Dieser gab jedoch gefistesgegenwärtig blitzschnell einen Schuß gegen den Messerhelden ab, der ihn tot zu Boden streckte. Seine drei Spießgesellen wollten fliehen, wurden jedoch festgenommen. Bei ihnen fand man ein Axtel Liter Chloroform, Waffentasche und Stride, ferner ein Schreiben an den Damen-Hutfabrikanten Pollak, worin dieser aufgefordert wird, einen Betrag von 20.000 Schilling zu erlegen. Unter dieser Bedingung würde sein Sohn freigelassen werden. Daraus geht hervor, daß die Entführung des 13-jährigen Sohnes des genannten Fabrikanten beabsichtigt war, der im Theresianum untergebracht ist. Über ihre Persönlichkeiten verweigern die Verbrecher jegliche Angaben.

Zu der geplanten Entführung des 13-jährigen Sohnes des Theresianums, Pollak, äußerte der Chef der Wiener Kriminalpolizei, Hofrat Steinhäusl, es stehe bereits einwandfrei fest, daß sich in diesem Falle das politische Motiv und das kriminelle Motiv die Waage hielten. Die Täter, die alle Kommunisten seien, hätten die gegenwärtige Psychose ausnützen wollen; zweifellos wollten sie auch durch ihr Verbrechen eine andere Partei treffen. Wer die Anführer sind, könne im Interesse der Untersuchung noch nicht gesagt werden. Wahrscheinlich werde es in den Nachmittagsstunden möglich sein, den verbrecherischen Plan restlos zu klären.

50 Jahre „La Croix“

Paris, 16. Juni. Am 16. Juni waren 50 Jahre verflossen, seit die führende katholische Tageszeitung Frankreichs und einige große katholische Tageszeitungen von Paris, „La Croix“, zum ersten Male erschien. Bei der von dem Redaktionsstab und dem technischen Personal des Verlages (Bonne Presse) veranstalteten feierlichen Jubiläumsfeier waren noch drei Überlebende aus der Gründungszeit anwesend, unter ihnen der hochbetagte Direktor

des Verlagshauses „Bonne Presse“, Leon Bertheaux. Der Verlag gibt in Frankreich mehrere Dutzend Tageszeitungen der „Croix“ heraus.

Wiederaufnahmeanträge für Entschuldigungsverfahren im Osthilfegebiet

Berlin. Entgegen einer in verschiedenen Tageszeitungen abgedruckten Mitteilung, wonach Anträge auf Wiederaufnahme eines im Osthilfegebiet vor dem 15. Juni 1933 abgelehnten Entschuldigungsverfahrens nach § 98 des Gesetzes zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1933 bis zum 30. Juni 1934 beim zuständigen Amtsgericht eingereicht werden müßten, weist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft darauf hin, daß diese Anträge nur bis zum Ablauf des 30. Juni 1933 gestellt werden können, und zwar bei der zuständigen Landstelle.

Sp. B. Schutzpolizei schlägt

B. C. Siegfried Königsberg 11:5

Box-Großkampf im Schützenhause — Danziger Schupo qualifiziert sich für die Zwischenrunde zu den Ostdeutschen Mannschafts-Meisterschaften.

Wir haben in Danzig schon besseren Boxsport zu sehen bekommen, denn die Kämpfe am Sonnabend im Schützenhause waren größtenteils wenig interessant und brachten nicht den Sport, den man eigentlich erwartete. Entgegen den früheren Veranstaltungen hätten diesmal noch mehr Zuschauer gute Plätze gefunden. Mit ihrem Siege über den Box-Club Siegfried, Königsberg hat sich die Schupo für die Zwischenrunde zu den Ostdeutschen Mannschafts-Meisterschaften qualifizieren können, besser sogar, als man vor dem erwartete. Denn man muß zu dem noch berücksichtigen, daß die Schupo durch das Nichtantreten ihres Schwergewichtlers Windgus ihren Gegnern 2 Punkte kampfslos überlassen mußte. Nach diesem hervorragenden Sieg über die Box-Club Siegfried wird man wohl berechtigt die Erwartung gegen können, daß die Schutzpolizei auch in der Zwischenrunde die Farben Danzigs siegreich wird vertreten, um in die Entscheidung um die Ostdeutsche

Zurückziehung des Sotolprozesses gegen die kath. Bischöfe

Dafür gerichtliches Vorgehen gegen die Geistlichkeit.

Belgrad. Die Leitung der jugoslawischen Sotolvereine hatten bekanntlich gegen den katholischen Episkopat wegen des gemeinsamen Hirtenbriefes, der die kirchenfeindliche Tätigkeit der Sotolvereine brandmarkte, einen Prozeß angestrengt. Die Sotol-Vereinsleitung hat jetzt diese Prozeßangelegenheit zurückgezogen, doch werden die jugoslawischen Gerichtshöfe gegen alle Pfarrer und Seelforger ein Sonderverfahren einleiten, die die gegen die Sotols gerichteten Beschlüsse der Bischöfe von der Kanzel oder in den Schulen verlesen haben.

Bagdons (Siegfried) gegen Reek (Schupo) war für den Danziger sehr schmeichelhaft. In der ersten Runde errang Reek wohl einen kleinen Punktvorsprung, mußte aber in der zweiten Runde viel einstecken und auch in der dritten Runde war der Königsberger der Bessere. Beide suchten zu häufig ihr Heil beim Klammern.

Im Leichtgewichtskampf standen sich Reckler (Siegfried) und Ball (Schupo) gegenüber. Reckler recht fertigte seinen guten Ruf, der ihm vorausging, und schlug den Danziger nach Punkten. Die Kampfweise des Danzigers wirkte viel zu nervös. Der Kampf war wenig temperamentvoll und konnte nicht gefallen.

Der gute Weltgewichtler Radtke I (Schupo) hatte Schiffmann (Siegfried) zum Gegner. Der Königsberger boxte in Rechtsauslage, und Radtke konnte sich damit nicht schnell abfinden. Durch seine gute Linke hielt sich Schiffmann den immer angreifenden Radtke vom Leibe und machte am Schluß der ersten Runde einen guten Eindruck. Doch die zweite Runde brachte schon die Katastrophe. Auf einen Kinnhaken hin mußte der Königsberger bis 9 zu Boden, gleich darauf ging er durch einen scheinbaren Wadenhaken wieder auf die Bretter, stand wieder auf, doch ein genau geflagelter Kinnhaken brachte das Ende des Kampfes. Ganz benommen mußte der Königsberger auf seinen Platz geführt werden.

Nach langer Kampfespause boxte Dunkel (Schupo) wieder im Mittelgewicht gegen Mannel (Siegfried) und konnte den Königsberger nach Punkten schlagen. Dunkel hatte seine gute Linke in den ersten Runden bereits mehr gebraucht. Dadurch, daß dauernd geklammert wurde, war der Kampf wenig interessant. Dunkel erwies sich aber als ein guter Techniker.

Eine Schlägerei, denn bog konnte man es kaum noch nennen, war der Kampf der Halbschwergewichtler Kromath (Schupo) und Schwarz (Siegfried). Die erste Runde war ausgeglichen, doch in der zweiten und dritten Runde mußte Schwarz oft zu Boden und bei seinen wilden, unbedachten Angriffen mußte er schwere Treffer von Kromath einstecken. Punktflieger blieb Kromath. Bei diesem Kampf fiel die unfaire Kampfweise des Danzigers auf. Man darf nicht nachschlagen, wenn der Gegner am Boden liegt.

Ein zweiter Weltgewichtskampf, aber außer Konkurrenz, war das Treffen zwischen Krause (Schupo) und Kiffeling (Siegfried). Krause schlug den Königsberger bereits in der ersten Runde durch einen Leberhaken z. o.

Bekanntmachung.

Infolge Auflösung des Fuhrparks kommen am Sonnabend, den 24. Juni 1933 vormittags um 10 Uhr vor dem Gasthof von Krause in Groß Trampfen

zwei kräftige Arbeitspferde
zwei Kastenwagen 4" und 2 1/2"
zwei Hundeschlitten
Decken und sonstiges Zubehör
zur öffentlichen Versteigerung.
Kreisbauamt Danziger Höhe.

Zurück

Dr. Schlomann

Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Langermarkt 39.

Zurückgekehrt

Dr. H. Semrau

Facharzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenkrankheiten
Langgasse 14 I

Ingenieur-Schule

Flugzeugbau, Flieger-schule, Papiertechnik
Eig. Lehrwerkstätten
Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau
Weimar
Prospekt anfordern

Die Honigernte hat begonnen.

Danziger Hausfrauen!
Kauft nur unser **Edelerzeugnis!**
Wir überwachen und garantieren die sauberste Gewinnung.
Preis im Glase mit Gewährstreifen G 1.40
Danziger Imkerverband.



Zum heiligen Jahr

Papstgeschichte

von den Urfängen bis zur Gegenwart
Herausgegeben von den Professoren
Dr. Fr. X. Seppelt und Dr. A. Löffler

Großer stattlicher Lexikon-band mit 592 Seiten, 900 Bildern im Text und einer großen Anzahl ganzseitiger Tafeln. In Rohleinen geb. M 735 Gld.

Vorrätig in der
Buchhandlung des Westpr. Verlags
Danzig, Am Sande 2. Tel. 247 96/97

Achtung!

Achtung!

Fahnenweihe

Zur
des kath. Arbeitervereins Schöneberg
Fahrgelegenheit
mit dem Dampfer „Borussia“ von Danzig, Brabank, ab 7 Uhr morgens, ab Schöneberg 10 Uhr abends.

Hin- und Rückfahrt nur 1.— G.
Meldungen im Kath. Arbeiter-Sekretariat, Danzig, Elisabethkirchengasse 1, von 9-1 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags, oder am Dampfer „Borussia“ von 8-3 Uhr. Fahrtscheine auch im Vorverkauf.

Der kath. Arbeiterverein Schöneberg gibt sich die Ehre, alle Brudervereine zu seiner Fahnenweihe am Sonntag, den 25. Juni 1933, ergebenst einzuladen.

Festprogramm!

10 Uhr Festgottesdienst
2 Uhr Sammeln der Fahnen vor der Kirche
2 1/4 Uhr Vesper mit Predigt und Fahnenweihe. Festzug durch den Ort. Begrüßung und Glückwünsche. Bazar im Pfarrgarten mit Konzert u. Unterhaltungen.
Abends Tanz im Hotel Groß.
Reinertrag zur Restzahlung der neuen Glocken.
Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Musikunterricht

Jugendliche erhalten Verzeichnisse mit den Adressen der staatlich anerkannten bzw. geprüften Lehrkräfte des Verbandes der Musiklehrkräfte e. V. unentgeltlich in den Musikalienhandl. Bau, Cristoph, Bismarck (Danzig), Schneider (Zoppot), Olivaer-Zeitung (Oliva), Buchhandlung Nahn (Danzig) und Buchdruckerei Befeld (Neufahrwasser).

Hindenburg-Polytechnikum

Oldenburg i. O.
Ausbildung von Ingenieuren aller Fachrichtungen

Arterien-Verkalkung?

Machen Sie eine 2 monatliche Kur mit
Dr. Sanders Balkanzwiebeltropfen
oder
Dr. Sanders Knoblauchdragees

Diese Tropfen bzw. Dragees machen die Arterien dehnbar und elastisch. Sie senken gleichzeitig den Blutdruck, stärken Herz und Nerven und erzeugen körperliche Frische.

Erhältlich in Apotheken.

Niederlage bei der Raths-Apotheke
Danzig, Langermarkt.

Fahrräder und Ersatzteile

noch billiger und besser
Besichtigung meines Lagers unbedingt nötig
Waldau
Altst. Graben 21
Reparaturen prompt u. sachgemäß

Reparaturen prompt u. sachgemäß

UFA-PALAST

Elisabethkirchengasse 2
Telefon 246 00
Nur noch bis einschl. Donnerstag

Karin Hardt

in dem großen sensationellen Kriminalfilm
Hände aus dem Dunkel
nach dem Roman „Tumult im 6. Stock“ von H. M. Kriz
mit Hans Brausewetter, Max Adalbert, Rolf von Goth, Julius Falkenstein, Margo Lion, Leonhard Steckel, Walter Rilla.
Regie: Erich Waschneck.

Ein Tag an Bord der Schlesien

Neueste Ufa-Tonwoche
sowie Tonbelprogramm
Beginn: Wochentags und Sonntags
4.00, 6.15 und 8.30 Uhr.

Verschiedenes

Schneiderin

berater und arbeitet
gut, schnell und billig.
Schmiedegasse 3 II.

Glanzplatten

können Frauen u. Mädchen vor- od. nachmittags, auch Abends, erlernen.

Frau Finger, Paradiesg. 30 (Laden).

Dauerwellen

Wella) Wasserwellen und Ondulation zu billig. Preisen.

Kluge, Schmiedeg. 29.
Telefon 218 13.

Neueste Schlager

aus Tonfilmen:
Ich bei Tag — Baby
Blonder Traum
Unschätzbare Front
tauschen Sie für gebrachte Platten ein in der

Tauschzentrale
Zopengasse 42
früh. Schichgasse 21

Fußbälle!

Posten deutsche Mummifolger, Aufsäde, Feldschlägen usw. zu herabgesetzten Preisen.
A. Wischniewski
Waffen- u. Sporthandl.
Pfefferstadt 6

Damen- und Herren-Hüte

Stroh- und Filzhüte werden von 1 Guld. an wie neu umgepreßt.
Mühlmannengasse 26
Hof, parterre.

Verkäufe

Ein nußb. Kleiderschrank, ein nußb. Vertikow, mehr eig. weiße Gartenbänke, grün gestrichene Trittleiter, große hölz. Blumenkübel u. Blumenständer, neu, zu verkaufen.
Zu erfragen: Büttelgasse 9, Hof, Nähe der Markthalle.

„Prakt. Hausbuch der Heilkunde“

I. u. II. Bd., von Dr. med. Paul Bergmann, neu, billig zu verkaufen.
Angebote unter Nr. 2439 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Höhenjonne

Original Hanau, fast neu, preisw. abzugeben.
Rindenstraße 9 pr.
(2432)

Fuchs, Mantel, Gazejhrant

zu verkaufen.
Angeb. unter Nr. 2422 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu Schleuderpreisen!

Ein hocheleg. Schlafzimmer pol. 1 Schlafzimmer, 1 Wärfel, einig. moderner Küchen-einrichtung.
Mitt. Graben 112, 1 Treppe.

Gebr. Slingel

gut erhalten, sehr billig zu verkaufen.
Bischofsberg 36, p. I.

Sheringe

billig und gut stets im Heringsladen
Mitt. Graben 66.

St. Joseph.

Mittlerverein:
Mittwoch, den 21. Juni, nachm. 4 Uhr, Versammlung.

Arbeiterverein:
Mittwoch, den 21. Juni, abds 8 Uhr, im Vereinsaal des Jugendheims, Versammlung.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
Sawaghi,
Pfarrer bei St. Joseph. (3428)

Stellen-Angebote

Tüchtige Waschfrau

gesucht.
Kluge, Rennerstraße 3.

Stellen-Gesuche

Bote

längere Jahre in einem groß. Geschäft tätig gewesen, beste Zeugnisse, sucht ähnliche Beschäftig. Angebote unter Nr. 100 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Miet-Gesuche

Junges Ehepaar sucht leeres Zimmer mit Küchenbenutzung. Angebote unter Nr. 2441 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zu vermieten

Sonnige 2-Zimmerwohnung mit Zubehör z. 1. Juli zu vermieten.
2. Damm 5, 2 Treppen rechts.

Sonnige 1-Zimmerwohnung

Rüch. u. Zubehör, neu renoviert, zu vermieten. Preis 25 Gulden.
Ohre, Niederfeld 57 (bei Zube).

Tausche

Sonn. 2-Zim.-Wohn. mit Zubehör, in Danzig, Nähe Bahnhof, Miete 34.50, gegen gleiche mit Garten, auch im Vorort. Angebote unter Nr. 2438 an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Kauf-Gesuche

Eine Wäschrolle zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 2440 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Man kann es fühlen-



Im Gegensatz zum weichen Regenwasser ist kaltes und Leitungswasser meist hart und dadurch zum Waschen wenig geeignet. Ein paar Handvoll Henko Bleich-Soda — vor Benutzung der Waschlauge im Wasser verührt — verwandelt selbst das härteste Wasser im Handumdrehen in wunderbar weiches Waschwasser.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Ist der heilige Rock im Dom zu Trier auch echt?

Die Frage wird in dem Büchlein „Der heilige Rock Jesu Christi im Dom zu Trier“ von Dr. Zell das oben erschien, beantwortet. Seit der letzten Ausstellung im Jahre 1890 schweigt die Literatur über die Frage nach dem hl. Rock. Die diesjährige Ausstellung wird mehr als in früheren Zeiten von der Frage ob der hl. Rock auch echt sei, begleitet sein.

Die Broschüre umfaßt 64 Seiten und eignet sich infolge des überaus billigen Preises von nur ca. 0.50 Pfennigen besonders für die Kirchenverkaufsstände zur Massenverbreitung. Wir bitten daher um baldmöglichste Aufgabe der Bestellung, damit Verzögerungen in der Lieferung von vornherein vermieden werden.

Buchhandlung des Westpr. Verlags AG.

Danzig, Am Sande 2. Tel. 247 96/97.

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.